

# Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 1/15. Jhg.

Mitteilungsblatt

Frühjahr 2009

---

Zu diesem Heft:

In diesem Heft dokumentieren wir die auf dem Kolloquium "Die DDR, die BRD und der Kampf gegen den Antisemitismus" am 1. November 2008 in Berlin gehaltenen Vorträge. Robert Steigerwald umreißt die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sich Judenfeindschaft entwickelte, ihre wechselnden historischen Formen und die an sie geknüpften Interessen, mit ihr verfolgten Zwecke. Davon ausgehend betrachtet er den Umgang der sozialistischen Bewegung mit diesem reaktionären Phänomen und erörtert Möglichkeiten seiner Bekämpfung. Detlef Joseph ordnet gegen die DDR erhobene "Antisemitismus"-Vorwürfe in ihre politischen Zusammenhänge ein, beleuchtet kritisch Erscheinungen unsensiblen Umgangs mit dieser Problematik und Entgleisungen und setzt sich mit demagogischen und manipulativen Aktivitäten auseinander. Heinz Karl geht der geschichtlichen Entwicklung der Palästina- und Nahostproblematik nach und untersucht die widerspruchsvollen Bemühungen der SED, diese Probleme zu erfassen und mit ihnen umzugehen.

Das Heft enthält auch die vollständige Einladung zum Kolloquium "Die DDR - ihr Platz in der Geschichte" am 13. Juni 2009 in Berlin (S. 36). Es wird Gelegenheit bieten, ein realistisches, der widersprüchlichen historischen Entwicklung gerecht werdendes Bild dieses Kapitels deutscher Geschichte zu zeichnen, dafür tragfähige Akzente zu setzen und ahistorischen, interessegeleiteten Verdikten entgegenzutreten.

Das nächste Heft wird vor allem Materialien der Konferenz "60 Jahre NATO und BRD. Ergebnisse und Konsequenzen", die am 14. März 2009 in Berlin getagt hat, unterbreiten.

Heinz Karl

*Inhaltsverzeichnis*

Editorial	S. 1
Dr. sc. Robert Steigerwald Über Motivationen, historische Formen und Instrumentalisierungen von Judenfeindschaft	S. 3
Prof. Dr. Detlef Joseph Vom angeblichen Antisemitismus der DDR	S. 14
Prof. Dr. Heinz Karl Palästinafrage und "Nahost"-Konflikt in der Sicht der SED	S. 23
Einladung zum Kolloquium "Die DDR - ihr Platz in der Geschichte" am 13. Juni 2009 in Berlin	S. 36

---

Impressum: Die GeschichtsKorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel über Internet bzw. E-Mail.

Internet: [www.die-linke.de/marxistischer\\_arbeitskreis](http://www.die-linke.de/marxistischer_arbeitskreis)

E-Mail: [marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de](mailto:marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de)

Interessenten ohne Internet-Zugang sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion (siehe unten). Die GeschichtsKorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)  
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-9355139

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Juni 2009.

Dr. sc. Robert Steigerwald

## **Über Motivationen, historische Formen und Instrumentalisierungen von Judenfeindschaft**

Zuerst: Ich ziehe den Begriff Judenfeindschaft dem Wort Antisemitismus vor, weil die Araber auch zur (im übrigen ethnologisch keineswegs einheitlichen) semitischen Sprachfamilie gehören - freilich, es gibt auch Formen der Araberfeindschaft in unserem Land, und die reicht bis hinein in die offizielle Politik, das wäre dann auch eine Version des Antisemitismus. Schaut man in entsprechende Lexika, so wird Antisemitismus nirgends wirklich definiert, es werden nur seine Erscheinungsformen geschildert. Aber das ist hier nicht mein Thema.

Judenfeindschaft ist nichts Neues bei uns und in anderen europäischen Ländern. Doch finden wir sie keineswegs kontinuierlich, keineswegs unverändert seit eh und je anhaltend. Zumindest muss man die mittelalterliche, vorwiegend religiöse von der rassistisch-imperialistischen Judenfeindschaft (wie sie in Deutschland am stärksten und furchtbarsten gewirkt hat) unterscheiden. Warum das so ist, darauf komme ich später zu sprechen.

### *Christlich-mittelalterliche Judenfeindschaft*

Es war dies die Zeit einer ersten großen Krise der feudalen Gesellschaft. Der Adel führte Krieg untereinander um Beute und Land, die Bauern litten Not; Missernten und Hungersnöte kamen hinzu. Die Not trieb die Bauern in Aufruhrnähe und da "besann" man sich in den Palästen und Kirchen eines alten probaten Mittels: Ihr armen Bauern, euer Elend betrübt uns sehr, wie könnte man ihm Abhilfe schaffen? Seht ins Heilige Land, dort treiben sich Ungläubige um, haben die Heiligen Stätten der Christenheit in ihre Gewalt gebracht; befreit sie aus der Hand der ungläubigen Hunde und ihr tut unserem Gott und unserem heiligen Glauben Gutes. Auch gibt es dort jenen Reichtum, den ihr vermisst. Und die durch solche Demagogie Geblendeten zogen in die Ferne und metzelten bei der Eroberung von Jerusalem 70 000 Menschen. Damals, bei den insgesamt weit geringeren Bevölkerungszahlen! Dies war so schon beim ersten Kreuzzug im 11. Jahrhundert. Da trat Judenfeindschaft gleich mit Pogromen auf. Die Kreuzzügler suchten auf ihrem Weg durch Städte in der Pfalz jüdische Siedlungen heim, überzogen sie mit Raub, Mord und Brandschatzung im Namen des Christentums! Das System der Ablenkung, des Blitzableiters tat seine Wirkung.

Dies alterprobt Mittel hat immer wieder Opfer dazu veranlasst, ihre Wut gegen noch Ärmere oder gegen Minderheiten zu richten. Das sind dann mal Juden, dann Hartz-IV-Empfänger, Roma und Sinti, drüben in Ostasien sind es die dortigen "Juden", die Chinesen.

Soweit es eine Geschichte der Judenfeindschaft gibt, ist sie stets eine abhängige Variable der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse und deren Geschichte. Darum ist eine Untersuchung der Judenfeindschaft losgelöst von solchen gesellschaftlichen Verhältnissen unwissenschaftlich.

Die mittelalterliche Judenfeindschaft nutzte die Abneigung gegen Fremdes, die zunächst mit solcher Feindschaft nichts zu tun hat, aus, um anzusetzen bei den fremd

anmutenden Bräuchen in Kleidung, Speise, am Festhalten der Juden an ihrer Religion, an ihnen unterstellten Handlungen (angebliche Ritualmorde) und dies alles auf der Grundlage eines tief im Volk vorhandenen religiösen - christlichen - Fanatismus. Die Kirchen waren eifrig darum bemüht, solche "Motive" zu befördern: Die Anwesenheit der Juden, der Gottesmörder unter uns erzürnt Gott und ist der Grund für die uns heimsuchenden Krankheiten und sonstigen Gefahren. Die abergläubischen Massen ließen sich davon zur Judenfeindschaft verleiten.

Die Juden befanden sich aus religiösen Gründen außerhalb der Ständeordnung. Das hatte Konsequenzen. So durften sie beispielsweise solche Berufe nicht ausüben, die in diese Ständeordnung (Zunftordnung) eingefügt waren. Andere standen ihnen dagegen offen, die wegen eines Zinsverbots in der Bibel für Christen verpönt waren. Im Großen und Ganzen wurde die damalige Judenfeindschaft auf religiösem Fundament betrieben.

Teile von Spanien vermitteln uns für einen bestimmten Zeitraum ein völlig anderes Bild: Dort lebten unter muslimischer Herrschaft die drei auf der Bibel beruhenden Religionen miteinander und schufen eine auch heute noch Bewunderung abnötigende Kultur. Regelrechter Terrorismus - Inquisition - entwickelte sich dort erst mit der Reconquista unter der Wucht des katholischen Fundamentalismus. Damals flohen Juden massenhaft vor Terror und Vertreibung, entwickelten auf dem Weg nach Osten im Main-Fränkischen ihre eigene Sprache, den vor 1933 am meisten gesprochenen deutschen Dialekt, das Jiddische.

#### *Aufklärung, Französische Revolution, Bodenverlust der religiösen Judenfeindschaft*

Mit der Aufklärung, verstärkt in Deutschland nach den Religionskämpfen und wegen der religiösen Spaltung, war der Boden bereitet für eine Tendenz zur Toleranz. Der preußische König Friedrich der Zweite verkündete, in seinem Reich möge jeder nach seiner Fassung selig werden und man solle die Gazetten nicht genießen. Freilich galt das im Grunde nur für den Adel und die sich allmählich herausbildende frühe bürgerliche Intelligenz - die Massen konnten noch gar nicht lesen. Zugleich verkündete die Französische Revolution bürgerliche Rechte und Freiheiten, auch für die Juden. Dies erreichte die besten deutschen Geister, Lessings "Nathan", nicht nur er, stand dafür Pate. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass dies alles nicht tief ins Volk eindringen konnte. Schulen wurden für das Volk ja erst in dieser Zeit geschaffen, und neben dem noch nicht überwundenen Analphabetismus standen ja auch materielle Hindernisse im Weg: Zeitungen kosteten Geld, und das war im Volk nur in geringem Ausmaße vorhanden. Dennoch: Für die Juden hatten Aufklärung und bürgerliche Revolution erhebliche positive Auswirkungen. Die Ghettos wurden aufgelöst, die Beschränkung auf gewisse Berufe zurückgenommen, der neue, aufgeklärte Geist erfasste zwar nicht das gesamte Judentum - auch dort gab es borniertes, engstirniges, am Alten zäh festhaltendes Personal - aber vor allem junge Männer (sie mehrheitlich, denn es herrschte auch bei ihnen das Patriarchat) ergriffen begierig die Möglichkeit, sich diesen neuen Geist der Aufklärung, der bürgerlichen Rechte und Freiheiten, der Philosophie anzueignen, wofür Namen wie Rosenkranz, Marx, Lassalle und andere stehen.

### *"Neue" Judenfeindschaft*

Insbesondere die protestantische Theologie erfuhr unter dem Einfluss der Aufklärung bedeutende Änderungen. Es fand eine gründliche und kritische Analyse der Bibel, ihrer Mythen statt. Dabei hat diese Bibelkritik und Theologie alles das, was an der überkommenen Theologie unhaltbar schien, auf das jüdisch-religiöse Erbe zurückgeführt. Das wurde mit dem überkommenen Judenbild verbunden. Doch diese Theologie war philosophisch idealistisch. Folglich ging sie dazu über, einen besonderen christlichen - und im Gegenzug dann eben auch einen - jüdischen Geist dem jeweiligen Religionsverständnis zuzuordnen. So änderte sich unter der Hand das Judenbild zum jüdischen Geist. Die religiös "begründete" Judenfeindschaft verlor dabei schrittweise ihre Grundlage. Der Kampf ging nicht mehr gegen eine fremde Religion, sondern gegen den Feind der "Nation" (d. h. Frankreich) und die ideologischen und politischen Konzeptionen, die von diesem nationalen Feind, seiner Geschichte, der Aufklärung, dem Liberalismus, der Demokratie ausgingen. Judenfeindschaft musste nun ganz anders "begründet" werden: Aus einer bestimmten die Juden prägenden Geistigkeit, aus ihrer historisch verbundenen Nähe zum Geist der Aufklärung - der sie wesentliche Momente ihrer Einbeziehung in die bürgerliche Gesellschaft verdankten. Viele Juden waren tatsächlich die Träger des rationalen Geistes, der aber nun veräußert wurde als alles analysierend, zersetzend, berechnend.

Deutschland war aus historischen Gründen in seiner Entwicklung zurück geblieben, seine Nationsbildung erschwert, das Kleinbürgertum verspießert, ein sich entwickelndes Großbürgertum politisch schwach, feig, unfähig, die berechtigten nationalen Interessen wahrzunehmen. Zugleich bildete sich im Kampf gegen die nationale Unterdrückung durch Frankreich in Gestalt des Turnvaters Jahn, des Politikers Ernst Moritz Arndt, der Burschenschaften aus einem zunächst progressiven Nationalgefühl ein aggressiver Nationalismus. Frankreich, von dem die neuen humanistischen Impulse ausgingen, die Aufklärung, der Liberalismus, die jedoch im Volk eine weit geringere Verankerung als in den besten Teilen der philosophischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Intelligenz hatten, war der nationale Feind, und damit gerieten Aufklärung, Liberalismus, Demokratie in die Schusslinie dieses Nationalismus.

### *Kapitalismus, Massenelend und Arbeiterbewegung*

Mit den sich entwickelnden kapitalistischen Verhältnissen, in Deutschland ab Mitte des Jahrhunderts besonders rasant voranschreitend, mit der Herausbildung von Klassen und Klassenkampf, einer entstehenden sozialistischen Arbeiterbewegung veränderte sich das politische Klima im Land grundlegend. "Unten, wo das Leben konkret ist" (Hegel), bei jenen Schichten, die besonders hart von der kapitalistischen Entwicklung gebeutelt wurden, Bauern, Handwerker, Kleinbürger, dort waren die Bedingungen zur Verbreitung antijüdischer Stimmungen und Taten vorhanden. Auch frühe Sozialisten (Anhänger Fouriers wie Toussenot und Leroux) waren nicht frei von Judenfeindschaft. Auch bei Franz Mehring und Wilhelm Liebknecht finden sich noch - sogar 1890/91 - Äußerungen, die, bei Ablehnung der Judenfeindschaft, dennoch indirekt eine gewisse Berechtigung als Reaktion auf den Philosemitismus deuteten. Es gab und gibt durchaus Ansichten, diese Stimmungen seien eine Art Entwicklungsstufe eines Antikapitalismus bei zurückgebliebenen sozialen Schichten und es gab und gibt

immer wieder den Versuch, dies im Rahmen eines demagogischen Antikapitalismus zu nutzen. Doch gerade die Geschichte hat erschreckend deutlich gemacht, dass wirkliche Sozialisten auf keinerlei Weise diese primitiven Formen des Antikapitalismus in ihr politisches Kalkül einbeziehen dürfen. Engels hat das mehrere Male in Arbeiten der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts deutlich gemacht, nannte diesen primitiven Antikapitalismus eine Abart des feudalen Sozialismus, der Lage von Klassen bzw. Schichten entsprechend, die durch die kapitalistische Entwicklung zum Untergang verurteilt seien. Und die SPD hat auf ihrem Parteitag 1893 eindeutig und entschieden gegen den Antisemitismus Stellung bezogen.

Für den Kapitalismus wurde es angesichts der raschen Entwicklung der marxistisch geprägten sozialistischen Arbeiterbewegung "lebensnotwendig", Position zu beziehen, die Entwicklung zu entschärfen. Man entsann sich der alten Funktion des Blitzableiters. Nur, wie konnte man auf wen den Blitz ablenken? Dies war das zu lösende Problem. Wie hätte man es anzustellen, die Arbeitermassen vom am Marxismus orientierten Sozialismus wegzuziehen? Ein Frontalangriff auf den Sozialismus konnte diesen eventuell nur stärken, erfolgversprechender konnte es sein, zumal bei den Deutschen - aus historischen Gründen - eine Neigung zur Theorie besonders ausgebildet ist, den Stoß gegen die Grundlagen des Sozialismus zu reichen.

Es war dies zugleich die Zeit einer blühenden Naturwissenschaft und eines naturwissenschaftlichen Materialismus. Darwins Entdeckung machte die Runde und diente als Grundlage für eine Biologisierung des Menschenbilds (bis hinein in die Freidenkerbewegung; Ludwig Büchner, der eifrige Popularisator dieses Materialismus, war Begründer und Vorsitzender der Freidenkerbewegung). Der missverstandene oder missdeutete Gedanke der Evolution wurde mit den Irrlehren der Blutsgemeinschaft und der Vererbung verbunden und im Rückgriff auf das schon im Schwange befindliche, aber bis dahin noch unschuldige Wort von den Rassen vereint: Der Rassismus war geboren.

### *Imperialismus und "neue" Judenteindschaft*

Deutschland war im Übergang zum Imperialismus, dazu, seinen Anspruch auf "einen Platz an der Sonne" zu erheben. Den durchzusetzen erforderte, Ruhe im eigenen Land herzustellen, die Kraft der "Nation" für die Auseinandersetzung in der Welt zu entfalten. Die marxistische Theorie der Existenz von Klassen und des Klassenkampfes im Innern der Nation stand diesem imperialistischen Nationalismus im Weg und musste bekämpft werden.

Man begann darum, auf besondere Weise auf die Arbeiter- und Kleinbürgermassen einzureden: Der Sozialismus sei richtig, aber er beruhe auf einer falschen, der marxistischen Theorie. Nicht Klassen seien die bewegenden Faktoren der Geschichte, sondern das Blut, die Blutsgemeinschaft. Auf dieser Grundlage sei das Volk zu einigen. Die Führer der Arbeiterbewegung seien Agenten, stünden im Bund mit einer jüdischen Verschwörung, der es darum gehe, die Volkskraft durch Klassenhass zu ersetzen, so dass es dem Weltjudentum möglich werde, den Sieg des Judentums über das Germanentum zu erzielen. Dies der Titel eines Buches von Marr aus dem Jahre 1873. Rassenkampf sei ein lebensgesetzlicher Kampf, nötig sei deshalb kein marxistischer, sondern ein völkischer Sozialismus. Die Juden wollten - so ein weiterer Schritt in den

Bemühungen, den marxistischen Sozialismus verdrängen - mit Internationalismus, Klassen und Klassenorientierung das Volk spalten, schwächen, zur Niederlage bereit machen. Also dagegen sei im Namen der Einheit der Nation und des Kampfes für den Sieg des Germanentums über das Judentum Front zu machen, was möglich sei auf Grundlage der Einheit des Volkes, der Rasse, der Blutsgemeinschaft. Das Judentum sei sogar eingedrungen in das Kapital. Dort gebe es das raffende und schaffende Kapital. Der fleißige deutsche Arbeiter müsse sich mit den ebenfalls fleißigen, produzierenden, schaffenden Unternehmern gegen das raffende Judentum vereinigen.

Es war eine Judenfeindschaft entstanden, die sich nicht an die mittelalterliche, religiös bemäntelte anschloss, sondern nun auf vorgeblich rassischer Grundlage wirkte. Es war dann auch beispielsweise völlig egal, ob sich jemand, aus jüdischer Familie stammend, taufen ließ, an seiner "Rassezugehörigkeit" änderte das gar nichts.

Dieser etwas länger andauernde Prozess wurde vorangetrieben durch eine schwere Krise, die 1873 eintrat und als Gründerschwindel in die Geschichte eingegangen ist, dem etwa eben solche kapitalistische Schwindelmanöver zugrunde lagen, wie dem gegenwärtigen im Banken- und Finanzskandal. Nur hieß es damals: Die Juden hätten sich in den Besitz des nach dem deutsch-französischen Krieg an Deutschland gezahlten Tributs gesetzt, mit dessen Hilfe große Betriebe und Banken geschaffen, welche die kleinen ruiniert hätten: Der Blitz wurde von den Kapitalisten auf die Juden gelenkt, was im Kleinbürgertum und bei den Bauern nicht ohne Wirkung blieb. Auf Gründe hierfür wurde schon eingegangen.

### *Ein Aufsatz von Karl Marx*

Judenfeindschaft drang auf der Grundlage sozialdarwinistischer und vulgärmaterialistischer Ansichten auch in Teile der Arbeiterklasse ein, weil die dagegen immunisierend wirkende marxistische Gesellschaftstheorie nur kleineren Teilen der Arbeiterbewegung bekannt war. Es wird ein Aufsatz von Marx zur Judenfrage herangezogen, um dessen Verständnis und das der Arbeiterbewegung zu diskreditieren. Der zweiteilige Aufsatz "Zur Judenfrage" stammt aus dem Jahre 1843. Nun muss man zunächst sagen, dass Marx zu dieser Zeit noch auf dem Weg zum Marxismus war, schon weit vorangekommen auf diesem Weg, aber immer noch Strecken des Wegs zurückzulegen hatte. Es gibt in dem Aufsatz Anzeigen dafür, dass Marx noch unter dem Eindruck des christlich-abendländischen Judenbildes Juden einschätzte - das reicht noch bis in die erste Feuerbach-These, wo die Rede von der schmutzig-jüdischen Praxis ist. Der Aufsatz von Marx war primär eine Auseinandersetzung mit Bruno Bauer, der die Judenfrage vor christlichem Hintergrund als eine religiöse Frage behandelte. Marx unternimmt es nachzuweisen, dass es sich hier um ein politisches Problem handelt, dem soziale Erscheinungen zugrunde liegen: das Geld, die Geldwirtschaft. Marx berücksichtigt die sozialhistorischen Gründe dafür noch nicht, später tat er das sehr wohl. Angesichts dessen, dass im Geldbereich Juden eine starke Rolle spielten, setzte Marx Geldmanager und Juden gleich, kritisierte beides in dieser Kombination.

Marx' Bild war in gewisser Weise noch unhistorisch, aber in diesem Bild und dieser Kritik entfaltete sich bereits eine frühe Form von Kapitalismuskritik. Dass dies mit Antisemitismus nichts zu tun hat, kann man schon daraus erkennen: Marx war zu die-

ser Zeit Chefredakteur der "Rheinischen Zeitung". Darin führte er einen entschiedenen Kampf für die Emanzipation der Juden, welchen durch Erlass vom 4. Mai 1816 die bürgerlichen Rechte wieder geraubt wurden, die Napoleon ihnen "geschenkt" hatte. Wo Marx in dem genannten Aufsatz und in der ersten Feuerbach-These Jüdisches anspricht, ging es ihm um den Kapitalismus. Alle späteren Äußerungen von Marx zur Judenfrage lassen keinen Zweifel daran, dass Marx nicht antijüdisch, sondern antikapitalistisch argumentiert. Keinesfalls ist es zulässig, etwa gestützt auf Marx' Aufsatz "Zur Judenfrage", einen besonderen jüdischen Typus als Repräsentanten des Kapitalismus zu bilden und namens des Antikapitalismus gegen einen solchen erfundenen Typus zu opponieren.

### *Zionismus und marxistische Arbeiterbewegung*

Das neunzehnte Jahrhundert war auch ein solches des erwachenden Nationalbewusstseins in Osteuropa und damit auch bei den dort, vor allem im galizischen Raum, in großer Zahl lebenden Juden. Unter dem Druck, sie zu russifizieren, und der Pogrome führte dieses eigene nationale Erwachen zur Suche nach einer - wie es hieß - "Heimstatt". Es kam zur Auswanderung im großen Stil, weg aus dem Bereich der Pogrome. Oft mit einem Zwischenstadium Deutschland, wo es einerseits zur Konkurrenz mit deutschen Arbeiter- und Kleinbürgermassen kommt, andererseits sich assimilierende Juden in den armen Verwandten aus dem Osten Leute sahen, deren Abwanderung nach Palästina eher zu wünschen sei. Manche schämten sich ihrer armen Verwandten und ihres Lebensstils. Es war dies der Boden des entstehenden Zionismus, auf den - und auf die dramatischen, auch tragischen Entwicklungen des Zionismus und seiner Aktivitäten, die man übrigens keineswegs alle über einen Leisten schlagen darf, denn Klassen gibt es auch im Volk der Juden! - kann ich hier nicht eingehen. Wer bei der Benutzung des Wortes "Volk der Juden" gestützt haben mag, dem möchte ich vorschlagen, darüber nachzudenken, ob nicht solche Gemeinsamkeiten wie jene der Sprache - das Jiddische, der Schrift, der Religion - der mosaischen - dies alles sehr wesentliche Elemente der Selbstbehauptung gegenüber orthodoxen Russen, katholischen Österreichern, protestantischen Preußen, wichtige Merkmale einer Ethnie waren.

Der Marxismus geht von der "Gleichheit all dessen, das Menschenantlitz trägt" aus - wie es sogar uralte christliche Auffassung ist und auch dem Menschenbild der Aufklärung zugrunde liegt, an das der Marxismus anschließt. Alle Menschen sind, unabhängig von Sprache, Kultur, Hauptfarbe, Religion und dergleichen, von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, sollten auf dieser Grundlage friedlich zusammenleben können. Das bedeutet nach marxistischer Auffassung, dass die Juden in das Ziel dieses Wirkens ebenso wie in den Kampf für dieses Ziel einzubeziehen sind. Der Marxismus ist davon überzeugt, dass der Sozialismus die Überwindung der teils historisch entstandenen, teils künstlich geschaffenen "Moden" (man denke an Schillers/Beethovens Ablehnung des "was die Mode streng geteilt") bewirken werde. Kampf um den Sozialismus bedeutet also auch Kampf um die Befreiung der Juden. Zugleich wurde - zu dieser Zeit - die Revolution als der nahen Zukunft angehörend angenommen. Diese Orientierung bedeutete, sowohl gegen die Judenfeindschaft zu kämpfen als auch die Flucht vor ihr, das Ausweichen vor dem Kampf, zu kritisieren.



Juden sollten im Land bleiben, sich am Kampf für den Sozialismus beteiligen (was ja auch viele Juden taten!).

Der Zionismus wurde als eine bürgerliche Bewegung beurteilt, der aber eine Massenbasis in den bereits genannten entwurzelten Schichten vor allem Russlands habe. Statt sich zu wehren, orientierte er auf Flucht, leugnete folglich die Möglichkeit, die Probleme mittels des Sozialismus zu lösen und nahm dabei in Kauf, dass Juden im Einwanderungsland soziale Konflikte mit der ansässigen (zumeist bäuerlichen) Bevölkerung provozierten und schließlich dort selbst zu einer Unterdrückernation werden würden.

Da auch der Zionismus keine homogene Klassenbewegung war, kam es immer wieder zu zionistischen Versuchen, unter Anlehnung oder Benutzung marxistischer Formulierungen, auch direkt sozialistischer Zielsetzungen, einen linken Zionismus zu begründen, sich sogar den jeweiligen (Zweiten bzw. Dritten) Internationalen anzuschließen. Doch da der Zionismus, auch in seinen linken Varianten, stets daran festhielt, die Juden auf nationaler Grundlage abzusondern, also sich de facto völkisch, antiinternationalistisch verhielt, mussten stets alle seine Varianten als bürgerliche Bewegung beurteilt werden. Das führte bisweilen allerdings auch zu ernststen politischen Fehlern in der kommunistischen Bewegung. Wo in ultralinken Weise die dennoch vorhandenen Differenzierungen im Zionismus missachtet, alle seine Varianten über einen Kamm geschoren wurden (als Analogie denke man an die Missachtung der Differenzierungen zwischen verschiedenen bürgerlichen und sozialdemokratischen Kräften am Vorabend der faschistischen Machteroberung - Stichwort: Sozialfaschismus), traten solche Fehler auf. Immerhin gab es - besonders im Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund Russlands, Polens und Litauens - Widerstand gegen die zionistischen Orientierungen auf Auswanderung, wies man auf den sich daraus ergebenden jüdisch-arabischen Konflikt hin. Außerdem, und das wurde in den Darstellungen zur Geschichte der KPdSU in der Stalinzeit verschwiegen (!), waren gerade diese Kräfte führend an der Gründung der SDAPR beteiligt.

Als sich in der Arbeiterbewegung der Revisionismus herauszubilden begann, der ja nicht einfach marxistische Prinzipien preisgab, sondern sie durch bürgerliche ersetzte, und das bedeutete zu dieser Zeit bereits die Übernahme imperialistischer Prinzipien, da meldeten sich innerhalb des Revisionismus Stimmen zu Wort, welche die zionistischen Bestrebungen als kulturelle Missionen in den kolonialen Gebieten zu rechtfertigen versuchten. So auch wurden von diesen Kräften die zionistischen Einwanderungen in Palästina als Leistungen zivilisatorischer und kulturbringender Art gedeutet!

Im Rückgriff auf dargelegte Tendenzen auch in der Arbeiterbewegung und auf den genannten Aufsatz von Marx wird suggeriert, auch von linken Kräften (den sogenannten Antideutschen), es gebe im Marxismus, im Kommunismus einen verdeckten Antisemitismus. Die kollektivistische Art, wie unter Stalin Probleme angegangen wurden, wirkte sich auch insofern negativ aus, dass beim Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion wegen der Befürchtung, in der deutschen Emigration könnten Nazikollaborateure stecken, dies zu einer Art Kollektivverdacht führte. Analoges betraf die japanischen Emigranten - aber das war in den USA nicht anders, auch dort wurden etwa die Japaner in Lager interniert. Wegen der internationalen Verbreitung der Juden, wegen ihrer Rolle in den USA, wegen des Verdachts, auf dieser Grundlage

könne sich in der Sowjetunion eine antisowjetische Kraft entwickeln, konnten sich im Kollektivverdacht und unter dem Firmenzeichen des Antikosmopolitismus in der Tat Tendenzen der Judenfeindschaft bilden. Doch verweist Mario Kessler in seinem Buch "Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus" (Mainz 1994) auch darauf, dass die Sowjetunion rechtzeitig zwei Millionen sowjetischer Juden vor den vordringenden Nazis in Sicherheit bringen ließ (S. 136) und es Hunderte jüdische Generale in der Roten Armee gab.

Es wird für immer ein Ruhmesblatt in der Geschichte der KPD bleiben, dass die von ihr geleitete illegale Häftlingsführung in Buchenwald folgendes organisierte: Im April 1945 sollten die noch im Lager Buchenwald verbliebenen Juden zum Marsch in das Vernichtungslager antreten. Da gab die Leitung die Anordnung heraus: Juden treten nicht auf dem Appellplatz an. Der Befehl der SS wurde wiederholt. Da gab die Partei die Anordnung heraus: Die Judensterne werden abgerissen, die Juden werden unter den nichtjüdischen Häftlingen verteilt. Wollen wir sehen, ob die SS die Juden herausfindet. Das gelang ihr nicht, die jüdischen Häftlinge wurden gerettet.

Der tiefste Grund dafür, dass es im Marxismus weder Judenfeindschaft noch Judenfreundschaft gibt, ist die Klassenorientierung des Marxismus, während Judenfeind- und -freundschaft genau so völkisch orientieren wie auch die Ideologie und Politik des Zionismus. Dies sind gleiche Brüder, gleiche Kappen.

### *Bundesdeutsche Verfahrensweisen*

Ich werde mich hier nicht mit dem neofaschistischen Mob und seinen rassistischen, nicht nur judenfeindlichen Untaten auseinandersetzen, darüber kann man sogar in den bürgerlichen Medien hören und lesen. Mir geht es um die sozusagen offizielle Handhabung des Themas. War das bürgerliche Deutschland ab der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts das Land, von dem aus die bis dato fürchterlichste Form der Judenfeindschaft ihren Ausgang nahm, so folgt das jetzige bürgerliche Deutschland einer Staatsdoktrin der nicht zu hinterfragenden Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Politik. Wie soll man das verstehen? Beachten wir den Ausgangspunkt. Beide Mal wird am Volk der Juden orientiert, das eine Mal mit dem Ziel der Vernichtung, das andere Mal mit dem der Akkommodation, der Anbiederung, die als Wiedergutmachung ausgegeben wird. Und jene, die bei diesem Missbrauch des Andenkens an die ermordeten Millionen Juden nicht mitmachen, werden verdächtigt, Antisemiten zu sein.

Worum handelt es sich in Wahrheit: Die Orientierung am Volk, ich erinnere daran: "Wir sind *ein* Volk!", hatte einen klaren Sinn: Auslöschen des Wissens um die Existenz von Klassen zum Zweck der Durchsetzung der nationalistischen, annexionistischen Ziele des deutschen Imperialismus. Man täusche sich nicht: Hinter der jetzigen Staatsdoktrin der Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Politik verfolgen das bundesdeutsche Kapital mit seinen gleichgeschalteten Medien ein klares nationalistisches Ziel: Es geht um die Einordnung des deutschen Imperialismus in die imperialistische "Weltgemeinschaft" unter Führung des US-Imperialismus. Um das Mitmachen bei dessen aggressiver Außenpolitik, die den Nahen Osten als ein Hauptziel anvisiert. Und weil dabei die Bourgeoisie Israels als eines Degens der USA eine Hauptrolle übernommen hat, ergibt sich die vorgebliche Judenfreundschaft des deutschen Impe-

rialismus als seine heute nützliche Parteinahme! Da Nationalismus stets auch um den "Frieden" an der inneren Front bemüht sein muss, es dazu eines äußeren Feindes bedarf, dieser aber in Deutschland als Judenfeindschaft nicht opportun wäre, so ist der Feldzug des US-Imperialismus gegen "Terrorismus" und dessen angebliche Islamische Wurzeln an die Stelle der einstigen Judenfeindschaft getreten. Der Gegner wurde ausgetauscht, aber es ist ein Gegner geblieben.

Was die Judenfeindschaft in Deutschland selbst angeht, so muss betont werden: Das Thema Völkermord der Nazis, freilich zumeist mittels des Begriffs Holocaust reduziert auf den (in der Tat in seiner Monstrosität einmaligen) Mord an den Juden, die Mordpraxis gegen slawische Völker, Sinti und Roma ausblendend, ist gründlich erforscht. Die gesellschaftlichen Hintergründe hinter der Mordmaschinerie wurden jedoch verschwiegen, den Zusammenhang von Imperialismus, Faschismus, Völkermord herauszuarbeiten bleibt der marxistischen Analyse "überlassen", und da Marxismus zu ignorieren ist, werden solche Forschungen öffentlich nicht zur Kenntnis genommen. Ein wirkliche in die Breite und Tiefe gehende ideologische Entnazifizierung fand nicht statt. Wie hätte dies auch sein können, wo man vor folgender Situation stand:

Die Adenauer-Regierung hatte durch zwei Gesetze die Bedingungen dafür geschaffen, dass eifrige Verfechter der nazistischen Judenfeindschaft und Judenvernichtung - Globke, der Hauptautor der Nürnberger Rassengesetze als Staatssekretär Adenauers, Abs, der Chefarisierer der Deutschen Bank als Adenauers Finanzberater, dies sind nur Beispiele - in Wirtschaft, Politik, Justiz, Polizei und Armee wieder führend wirkten. Das eine Gesetz ließ die ehemaligen Beamten der Nazizeit wieder in den Dienst eintreten (das sogenannte 131er Gesetz), ein zweites Gesetz sah die Bestrafung von Kriegs- und Naziverbrechen nur für den Fall vor, dass sie auf der Grundlage einer niedrigen Gesinnung erfolgten, die man dann in aller Regel - anders jedoch bei Kommunisten im Zuge der politischen Strafjustiz gegen Linke - nicht ausfindig machen konnte. Also das Personal der nazistischen Judenfeindschaft nun als Personal der neuen Judenfreundschaft! Kann man sich Perverseres vorstellen?

So blieb der "Mutterboden" der rassistischen Judenfeindschaft unangetastet, wurde Judenfeindschaft nur politisch und allenfalls moralisch verurteilt, wurde angesichts des Völkermordverbrechens an den Juden Philosemitismus "verordnet". In diesem Zeichen getraute man sich nicht mehr, sich all zu deutlich und öffentlich negativ zu Juden und dem Judentum zu äußern. Freilich konnte sich das alles gut verstecken hinter Kritik an der Politik des Staates Israel gegen die Palästinenser. An die Stelle von medienwirksamer und öffentlicher Judenfeindschaft traten, neben dem erprobten Mittel der Hetze gegen Kommunisten, mehr und mehr Fremdenfeindschaft, unter Ausnutzung der Terrorhysterie Islamfeindschaft: Dabei spielt die Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnungen zwischen deutschen und Immigrantenerarbeitern eine diese Fremdenfeindschaft schürende Rolle.

Die religiöse Judenfeindschaft spielt kaum noch eine Rolle, denn die katholische Kirche war wegen der "Nicht-Rolle" des Vatikans bei der Judenvernichtung und der Aktivrolle bei der "Rettung" von Nazi- und Kriegsverbrechern - Mengele, Eichmann und Konsorten, es wird angenommen, dass der Vatikan bei der Flucht von etwa 50 000 Naziverbrechern nach Südamerika aktive Hilfe geleistet hat - in die Defensive gedrängt. Beide Konfessionen suchten und suchen namens des Kampfes gegen den Sozialismus und die Kommunisten - also aus klassenpolitischen Gründen - den

Schulterschluss mit der Bourgeoisie Israels gemeinsam gegen den Sozialismus als Idee und Realität, und zwar an der Seite des US-Imperialismus.

Niemand möge sich täuschen: In der Masse des Volkes gibt es nach wie vor eine Judenfeindschaft in milderer Form. Solange nicht klar ist, dass Juden- wie Fremdenfeindschaft nur Ablenkungsstrategien zugunsten des wirklichen Volksfeindes, des Kapitalismus sind, werden Juden- und Fremdenfeindschaft, in welcher Form auch immer, nicht aus der Welt verschwinden.

Das folgt auch daraus, dass es nicht nur an gesellschaftswissenschaftlich-kritischem Bewusstsein mangelt, sondern auch an naturwissenschaftlicher Aufklärung, deren Fehlen dem Rassismus und der Fremdenfeindschaft in die Hände spielen.

### *Was ist dagegen zu tun?*

Zuerst und das sollte selbstverständlich sein, ist gegen jede Art der Verharmlosung, Leugnung oder des demagogischen Missbrauchs des Themas Auschwitz anzugehen.

Vor allem aber ist es wichtig, die Blitzableiterfunktion zu zerstören, den Blitz - um im Bild zu bleiben - auf die Kräfte zurückzuschleudern, gegen jene, die den Blitzableiter einsetzen, den Schleier des Rassismus wegzuziehen, damit der wirkliche Schuldige, der wirkliche Feind, der Kapitalismus sichtbar werden kann. Welche Möglichkeiten bieten sich da an?

In früheren Zeiten orientierte sich die Politik der englischen Bourgeoisie daran, sich eines Festlandsdegens zu vergewissern. Beispielsweise diente der Preußenkönig Friedrich der Zweite - er bekam dafür etwas Geld - dazu, französisches Potential in Mitteleuropa zu binden, damit England in Nordamerika Frankreichs Position schwächen konnte. Diese Funktion, fremde Degen für die eigene Sache nutzen zu wollen, ist nicht ausgestorben. Die USA benutzten zunächst die Taliban als afghanischen Degen gegen die dortige kommunistische Regierung und ihre sowjetischen Hilfstruppen, dann spielte Saddam Hussein gegen den Iran in einem Stellvertreterkrieg für die USA die Rolle eines Degens. Und seit geraumer Zeit spielt Israel diese Rolle. Und das ist besonders intelligent, denn die massenhafte Vernichtung entronnenen Juden, die sich im Schutz eines eigenen Staates befinden, stießen und stoßen auf teils erbitterte arabische und palästinensische Feindschaft: Die Rolle des Degens der USA im Nahen Osten, als Türwächter der größten Erdölvorkommen der Welt, konnte verteidigt und dies zugleich mit dem angeblichen Schutz der Juden vor neuer Feindschaft verbunden werden.

Es ist mit dieser Situation sehr sensibel umzugehen.

Erstens: Wir marxistischen Kräfte lassen keinen Zweifel daran, dass die Existenz des Staates Israel zu schützen ist. Die von bestimmten arabischen, palästinensischen und iranischen Kräften gegen Israel gerichteten Vernichtungsdrohungen (es gibt so etwas spiegelverkehrt, wenn auch weniger stark, auch in Israel gegen die Palästinenser!) sind entschieden zurückzuweisen.

Zweitens: Aber ebenso treten wir auch ein für einen lebensfähigen palästinensischen Staat.

Drittens: Gefährdet war die Existenz Israels durch die seit Jahrzehnten andauernde Politik dieses Staates gegenüber den palästinensischen Massen. Den Widerstand der Palästinenser gäbe es längst nicht mehr, hätten die Verantwortlichen Israels, wie es völkerrechtlich beschlossen ist, der Gründung eines lebensfähigen Staates Palästina schon zugestimmt.

Viertens: Im Kampf zwischen Israel und den Palästinensern geht es nicht um Juden und Palästinenser, nicht um Religion und nicht einmal der Hauptsache nach um "Volk", sondern um Land (und Wasser), also um recht materielle Dinge, was mit Kapitalismus, mit bourgeoiser Politik des Staates Israel zu tun hat.

Fünftens: Wir üben Kritik an dieser Staatspolitik Israels, mit Juden und Judentum hat das gar nichts zu tun, wäre der USA-Degen dort untern nicht Israel, sondern etwa Ägypten, müssten wir uns genau so kritisch verhalten.

Sechstens: Wir müssen zeigen, dass der Staat Israel, seine Bourgeoisie sich nur so verhalten kann, wie dies geschieht, weil der Staat USA-Nahost-Degen ist. Würden sich die USA dort auf der Grundlage der UN-Beschlüsse bewegen, statt Israel in seiner Politik der fortwährenden Verletzung der Beschlüsse zu unterstützen, so hätte man schon längst eine für beide Seiten annehmbare Zweistaatenlösung gefunden.

Eine unter der Decke schwelende Judenfeindschaft ist vorhanden, wird aber hinter der Kritik an der Politik des jüdischen Staates versteckt. Dass projüdische Kräfte, sogenannte Antideutsche, sich nach Kräften bemühen, berechnete und notwendige Kritik an dieser Politik Israels als Judenfeindschaft hinzustellen, ist Bestandteil der Aufgabe, Israel als Nahost-Degen der USA zu rechtfertigen.

Dies sind politische Positionen. Es ist aber auch unbedingt erforderlich, den Rassismus selbst in seinem Kern, und zwar wissenschaftlich, zu zerstören - nicht nur der Juden wegen, sondern wegen jeglicher Art von Fremdenhass. Dazu gehört die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema.\*

\* Die Anthropologie weiß heute, dass der Genpool der Menschen Elemente enthält, die sich bei allen heute lebenden Menschen ebenso finden, die sich in dem bisher untersuchten und bis hinaus zu den im wahrscheinlichen Zentrum der Entstehung des Menschen gefundenen Fossilien nachweisen lassen. Nicht vor Gott, sondern vor dem Genpool sind alle Menschen gleich! Sind alle Brüder und Schwestern! Gewiss hat sich der menschliche Organismus in den Millionen Jahren während der Wanderungen über den Globus, sich mit geografisch-klimatischen Bedingungen auseinandersetzend oder sich ihnen anpassend, Merkmale, Eigenheiten oder Eigenschaften im Phänotyp gebildet, die vor- oder unwissenschaftlich als Rassen bezeichnet wurden, aber nicht den Kern des Menschseins betreffen, sondern sein "Äußeres"! Es sind dies Merkmale, Eigenheiten oder Eigenschaften, die den Bau, die Lebensäußerungen, die Ernährungs- oder Bewegungsweise, den Aufenthaltsort und ähnliches betreffen. Sie sollen es erlauben, die gegebenen Lebensmöglichkeiten möglichst frei von Konkurrenz gründlich auszunutzen. Diese Merkmale (z. B. Haut und Haare, Augen), Eigenheiten oder Eigenschaften bildeten sich in einem zum Teil viele hundert Millionen Jahren umfassenden Zeitraum (schon) auf der vor-menschlichen Ebene heraus und wurden dabei stabil. Sie führten auch zu Spezialisierungen, die es den betreffenden Organismen nicht erlaubten, unter Bedingungen zu leben, die dieser Spezialisierung widersprachen. Doch am wesentlich Menschlichen hat das nichts verändert. Der Genotyp blieb erhalten.

Prof. Dr. Detlef Joseph

## Vom angeblichen Antisemitismus der DDR

Zum Verständnis der heutigen Sachlage muss man sich daran erinnern, dass der damalige Bundesjustizminister Klaus Kinkel 1991 den bundesdeutschen Richtern den Auftrag erteilte, mit ihrem Wirken die DDR zu delegitimieren. Sein Auftrag erhielt eine generelle Bedeutung für die Beurteilung der DDR, denn heutzutage gibt es kein Gebiet des gesellschaftlichen Lebens dieses Staates, das nicht dieser angeordneten "Delegitimierung" unterliegt. Es versteht sich, dass Kinkel damals sehr wohl einzuschätzen vermochte, dass ein Grundelement der Legitimität des zweiten deutschen Staates der Antifaschismus war. Und es versteht sich, dass seitdem die verschiedenen Aspekte antifaschistischer Realität der DDR negativ kritisch beleuchtet wurden und werden. In Sonderheit wird das antifaschistische Verhalten von Kommunisten während der Nazizeit bezweifelt sowie der DDR werden antisemitische Praktiken aufgerechnet. Wie das geht? Einen ersten Generalangriff führte der Historiker Lutz Niethammer mit der Herausgabe einer Dokumentation, in der insbesondere die Wirksamkeit der "Roten Kapos" des KZ Buchenwald behandelt wird. In einer Rezension wird die Sache auf den Punkt gebracht: "Die Dokumentation belegt ... eindeutig: Kommunistische Funktionshäftlinge waren mitschuldig an Verbrechen in Buchenwald, für die Rettung von Angehörigen der eigenen Gruppe opferte(n) sie andere Mitgefangene."<sup>1</sup> Scheinbar zurückhaltend formulierte Niethammer, dass die ausgewerteten Dokumente "sich nicht so sehr im Zusammenhang mit der KZ-Forschung als vielmehr im Zusammenhang der Vielschichtigkeit des Antifaschismus-Mythos als Staatsideologie der DDR" verlohnten.<sup>2</sup> Mithin: Es geht um Delegitimierung. Simon Wiesenthal, auch bekannt für seine antikommunistische Denkweise, kündigte Anfang der neunziger Jahre an, er werde eine Liste mit Hunderten Namen von Nazis veröffentlichen, die nach 1945 in der DDR Unterschlupf und Einfluss gefunden hatten. Diese Liste erschien mangels Masse nicht, aber mit der diffamierenden Behauptung von "Nazis in Pankows Diensten" wurde und wird nach Belieben operiert.<sup>3</sup> Unterstützt wird diese Attacke durch Olaf Kappelt, der 1981 das "Braunbuch DDR" veröffentlicht hatte, nun mit dem Werk "Die Entnazifizierung in der SBZ sowie die Rolle und der Einfluß ehemaliger Nationalsozialisten in der DDR als ein soziologisches Phänomen"<sup>4</sup> nachlegte und den hoffnungslosen Versuch unternahm, nazistische Einflüsse der "Ehemaligen" im DDR-Gefüge zu beweisen. Inzwischen werden antifaschistische Persönlichkeiten mit triumphaler Geste der Fälschung ihrer Biografien beschuldigt.<sup>5</sup> Nun mag es durchaus Unregelmäßigkeiten gegeben haben, die zu bereinigen wären. Aber Hirschinger weiß zeitgeistgemäß genau den Sinn der behaupteten Manipulationen, denn er konstatiert, dass die SED "Fälschungen vor allem zur kommunistischen Traditions- und Identitätsstiftung sowie zur Gewinnung politisch-moralischer Autorität (nutzte), um sich die Deutungshoheit über die Geschichte des 20. Jahrhunderts anzumaßen."<sup>6</sup>

Seit geraumer Zeit wandert nun eine Ausstellung durch die Bundesrepublik, die sich anheischig macht, den antisemitischen Charakter der DDR zu belegen. Betrachtet man die Texte auf den Tafeln genauer, dann kommt man nicht umhin von tendenzieller und absichtsvoller Manipulation zu sprechen.<sup>7</sup> Das gilt möglicherweise nicht für

die Jugendlichen, die die Tafeln sicher mit Fleiß erarbeiteten. Aber man wird stutzig, wenn man feststellt, dass zum Beirat der Ausstellungsmacher Thomas Haury gehört, der 2002 mit dem Buch "Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR" in Erscheinung getreten ist.<sup>8</sup> Haurys Erörterungen muss man mit jener Ausarbeitung im Zusammenhang sehen, die 1962 von Edmund Silberner<sup>9</sup> veröffentlicht wurde. Dieser hatte unter anderem die Schriften und Briefe von Marx und Engels durchforstet und akribisch notiert, was er als Antisemitismus meinte interpretieren zu können. Ausgangspunkt war dabei, nebenbei bemerkt, die 1844 veröffentlichte Jugendarbeit von Marx "Zur Judenfrage".<sup>10</sup> Sie soll uns hier nicht weiter beschäftigen, da sie auch unter bürgerlichen Autoren keineswegs einhellig als antisemitisch beurteilt wird. Aus marxistischer Sicht ist es eine korrekte Arbeit zur Frage der Emanzipation von Juden. Vorwürfe von Antisemitismus werden insbesondere aus den Privatbriefen von Marx und Engels abgeleitet. Nun ist es eine Tatsache, dass Marx deftig zu formulieren wusste. Dabei hat er sich beispielsweise, wenn er direkt an Lassalle schrieb, durchaus "zivilisierter" Sprechweise befleißigt. Anders in seinen Briefen an Engels über Lassalle. Ein Beispiel: Am 30. Juli 1862 schrieb Marx an Engels über einen Besuch von Lassalle bei ihm u. a.: "Lassalle war sehr wütend über mich und meine Frau, dass wir uns über seine Pläne lustig machten. ... unter anderen Umständen hätte der Kerl mich königlich amüsiert. Dabei das wüste Fressen und die geile Brunst dieses 'Idealisten'. Es ist mir jetzt völlig klar, dass er, wie auch seine Kopfbildung und sein Haarwuchs beweist, - von den Negern abstammt, die sich dem Zug des Moses aus Ägypten anschlossen (wenn nicht seine Mutter oder Großmutter von väterlicher Seite sich mit einem nigger kreuzten). Nun, diese Verbindung von Judentum und Germanentum mit der negerhaften Grundsubstanz müssen ein sonderbares Produkt hervorbringen. Die Zudringlichkeit des Burschen ist auch niggerhaft."<sup>11</sup> Um auch ein Beispiel von Engels mitzuteilen, sei der am 23. Juli 1888 an Laura Lafargue geschriebene Brief genannt: "Der weibliche Teil des 'Sozialdemokrat' ist nicht allzu reizvoll. Ede Bernsteins Frau scheint die angenehmste zu sein, eine lebhaft kleine Jüdin, doch sie schielt fürchterlich ..."<sup>12</sup> Silberner kommt nach seiner Textdurchsicht jedenfalls zu der Behauptung: "Vorausgesetzt, daß man mit Antisemitismus Feindseligkeit gegen die Juden meint und keine willkürliche Auswahl der Marx'schen Aussprüche über die Juden trifft, sondern sie in ihrer Gesamtheit nimmt, kann man nicht nur, sondern *muß* man Marx geradezu als ausgesprochenen Antisemiten bezeichnen."<sup>13</sup> Gegen diese Behauptung sei darauf verwiesen, dass Marx über eine Fülle von beleidigenden Bezeichnungen verfügte, mit denen er in seinen Privatbriefen andere Personen belegte. Da gibt es, um nur einige zu nennen: Schafskopf, Esel, vernageltes Rindvieh, Soldatenpack, Blasebälge, Tölpel, Lumpenhund, literarischer Laxiermichel, feige Kanailen, Lümmel, Saumensch, Lauskerl, Waschlappen, Vieh, Schweinehund. Wie soll man diese Tatsache bezeichnen, um ein Pendant zur Antisemitismusbeschuldigung zu haben? Antizivilisationismus? Die Briefe sind jedenfalls keine geleckten Schönheitspapiere, sondern teilweise frische Episteln aus überschäumender Seele über Gott und die Welt, aber vor allem über die Menschen, mit denen Marx und Engels mehr oder weniger freundschaftlichen Umgang hatten. Dar- aus Antisemitismus abzuleiten, ist nichts anderes als bössartige Diffamierung.

Haury produzierte nun 2002 in Fortsetzung der Ansicht Silberners eine Arbeit, in der er letztendlich zu der Meinung kommt, dass man von "erheblichen strukturellen Affinitäten zwischen Antisemitismus und Marxismus-Leninismus" sprechen müsse.<sup>14</sup>

Laut einem Deutschen Wörterbuch ist Affinität zu verstehen als "bedingt durch Ähnlichkeit oder Wesensverwandtschaft".<sup>15</sup> Es sei, so Haury, "offensichtlich, dass der Antisemitismus insbesondere durch Stalin in die parteikommunistische Bewegung einfloß. Daß ihn das marxistisch-leninistische Weltbild so leicht zu assimilieren vermochte und in der Endphase der Säuberungen auch für die DDR ein bruchloses und teilweise unbemerktes Hinübergleiten zum Antisemitismus konstatiert werden muß, gründet sich in den aufgezeigten, schon in Lenins Ideologie vorhandenen strukturellen, inhaltlichen und funktionellen Affinitäten vom marxistisch-leninistischen Weltbild und Antisemitismus und den damit verknüpften spezifischen Herrschaftspraktiken des kommunistischen Herrschaftssystems."<sup>16</sup> Warum der Verweis auf die Arbeit Haurys? Ohne das explizit nachweisen zu können, spreche ich die Vermutung aus, dass bei der Beurteilung der DDR-Politik gewisse Überlegungen Haurys zum antisemitischen Vorwurf in den Tafeln beigetragen haben könnten, denn schließlich war die DDR auch ein Versuch, marxistische Theorie umzusetzen.

Nun ist nicht zu bestreiten, dass es in der Geschichte der DDR Ereignisse gab, die antisemitischen Anflug aufweisen bzw. als antisemitisches Verhalten gedeutet werden können, ja müssen. Da ist **erstens** und zunächst nach der Niederlage des Faschismus die Diskussion über eine Differenzierung zwischen Kämpfern und Opfern des Faschismus. Diese Differenzierung war mit einer differenzierten materiellen und finanziellen Unterstützung der jeweiligen Personengruppen verbunden und verursachte einen Ruch von Zweitrangigkeit einer bestimmten Personengruppe, in der sich auch Juden befanden.

Das Problem stand **zweitens** in enger Beziehung zu der Frage, ob man verpflichtet sei, den beispielsweise von der "Arisierung" betroffenen Juden Entschädigungen zu gewähren. Paul Merker jedenfalls, über den später noch zu sprechen ist, hatte unter anderem im mexikanischen Exil in Publikationen verschiedentlich die Entschädigung bejaht. Nach dem Mai 1945 wurden Entschädigungen seitens der SBZ/DDR abgelehnt. Verwiesen wurde darauf, dass die SBZ/DDR einerseits die Pflicht der gehörigen Reparationen an die UdSSR/Polen erfüllte und andererseits durch die Enteignung der Monopole und des Finanzkapitals die materiellen Grundlagen von Antisemitismus überwand wie sie zudem mit entsprechender ideologischer Wirksamkeit antisemitisches Denken bekämpfte.

Abgesehen davon, dass sich das offizielle Israel nach der Gründung des Staates tatsächlich dem Westen zugeneigt und entsprechende politische Positionen bezogen hatte, war der "Kalte Krieg" spätestens seit der Fulton-Rede von Churchill erschreckende Realität und bewirkte zumindest abwehrende Haltungen auch gegen den Staat Israel, durchsetzt mit stalinistischen Aversionen. In Parenthese sei angemerkt, dass Jugoslawien inzwischen einen selbständigen Weg gewählt hatte und als Abweichlerin denunziert sowie bekämpft wurde. Hinzu kam die Stalinsche Phobie gegenüber dem Jüdischen,<sup>17</sup> die erst beendet war, als Stalin im März 1953 verstarb.

Auch die DDR unterlag dieser Diktion. Das wird deutlich, wenn man sich die Beschlüsse des SED-Zentralkomitees ansieht, die Anfang der 50er Jahre gefasst wurden. Schon am 24. August 1950 erging die "Erklärung des Zentralkomitees und der Zentralen Parteikontrollkommission zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter der Unitarian Service Committee, Noel H. Field",<sup>18</sup> die eine Reaktion auf die Prozesse gegen die kommunistischen Spitzenpolitiker



László Rajk (Ungarn) und Traitscho Kostoff (Bulgarien) war und sowohl jüdischen Menschen wie kommunistischen Westemigranten tiefes Misstrauen entgegenbrachte. Angenommen wurde das Eindringen des ideologischen Klassengegners in die Reihen der deutschen Genossen sowie deren Hinneigen zum Trotzkismus. Genannt wurden unter anderem Bruno Goldhammer und Paul Merker. Die jüdische Herkunft einiger Beteiligter spielte allerdings damals zunächst unmittelbar keine Rolle.

Das änderte sich gravierend, als in der CSR der Slansky-Prozess stattgefunden hatte. Die antisemitische Diktion dieses Prager Prozesses war offenkundig. In der Anklageschrift wurde bei 11 der 14 Angeklagten ausdrücklich hervorgehoben: "jüdischer Abstammung".<sup>19</sup> Zielgerichtet wurde in der Anklageschrift der Antisemitismus eingestreut. In allen Abschnitten der Anklageschrift gab es entsprechende Vermerke. So wurde ein Zeuge mit den Worten zitiert: Slansky "stammt aus einer alten jüdischen Familie ... Er ist eine große Hoffnung der Juden innerhalb der Kommunistischen Partei." (S. 11) Immer wieder wurde die jüdische Abstammung der Angeklagten betont. So heißt es: "der Trotzkiist und jüdische bürgerliche Nationalist Bedrich Geminder"; "André Simone, der eigentlich Otto Katz heißt und internationaler Spion, Zionist und Trotzkiist ist, wird Redakteur der 'Rude Pravo' " (S. 16). Im Verlaufe des Verfahrens wurde zum Beispiel betont, Rudolf Slansky habe "sein Antlitz eines jüdischen bürgerlichen Nationalisten zu verbergen" gesucht und es wurde akzentuiert, dass aus dem "jüdischen bürgerlichen Nationalismus ... die internationalen zionistischen Organisationen als wichtigste Agentur und Werkzeug des amerikanischen Imperialismus hervorgegangen" seien.<sup>20</sup> Das ZK der SED beschloss am 20. Dezember 1952 "Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky"<sup>21</sup> und kritisierte mit dem Beschluss "Über die Auswertung des Beschlusses des ZK der SED 'Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky' " vom 14. Mai 1953<sup>22</sup> die seines Erachtens unzureichende Erfüllung des Beschlusses. Dabei hatte es entsprechende Aktivitäten gegeben, deren Verfolgungs- und Repressivcharakter in Sonderheit jüdische Menschen und Westemigranten traf.

In diesem Zusammenhang kommt Paul Merker wieder ins Bild. Nachdem er bereits 1950 einem Parteiverfahren unterworfen worden war, wurde er im März 1955 in einem Prozess vor dem Obersten Gericht der DDR zu acht Jahren Gefängnis verurteilt.<sup>23</sup> Merker war bereits in dem Prozess gegen den Generalsekretär Rudolf Slansky und anderen in der CSSR als Agent feindlicher Geheimdienste genannt worden und war dieser Anklage dann auch in seinem eigenen Prozess ausgesetzt. Norbert Podewin schreibt, dass im Dezember 1952 MfS-Ermittler einen deutschen "Slansky" präsentierten - Paul Merker. Er war zwar kein Jude, wurde jedoch "geschickt mit dem jüdischen Element verwebt".<sup>24</sup> So wurde ihm vorgeworfen, er habe sich in Mexiko "insbesondere auf die Kreise der emigrierten jüdischen Kapitalisten" gestützt und "die Entschädigung der jüdischen Kapitalisten" propagiert.<sup>25</sup> Kennzeichnend einerseits für das schlechte Gewissen und andererseits für die Untergrundpraxis der DDR-Obrigkeit bei der Erledigung unangenehmer Vorfälle wurde Merker nach der Verurteilung im März 1955 bereits im Februar 1956 aus der Haft entlassen und im Juli des Jahres von demselben Gericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit freigesprochen und rehabilitiert.

Bei aller Verurteilung dieser politischen Praxis sollte jedoch folgendes beachtet werden:

Für die DDR war entscheidend die nicht völlig unbegründete Furcht vor den Versuchen, auch mittels der Unterminierung des staatlichen, materiellen und ideologischen Gefüges den Aufbau der neuen antikapitalistischen Gesellschaft zu Fall zu bringen. Die Wirksamkeit von antikommunistischen Geheimdiensten und von praktischen Handlungen gegen die DDR war kein Hirngespinnst. Dass auch jüdische Personen daran teilhaben konnten, war nicht auszuschließen. Bedauerlich ist, dass loyale Bürger dem Verdacht unterfielen und dann nicht wenige ihr Heil vor der Verfolgung in der Flucht aus der DDR suchten, so unter anderem einige Vorsitzende jüdischer Gemeinden in der DDR. Nachlesbar ist die Art und Weise der Pressionen unter antisemitischen Vorzeichen beispielsweise am Schicksal des jüdischen *Bruderpaares Leo und Rudolf Zuckermann*, das Wolfgang Kießling unter anderem in einer Artikelserie beschrieben hat.<sup>26</sup>

Ich nenne aus jener Zeit ein konkretes Beispiel mit positivem Ausgang. *Hans Jacobus*. Er wird gelegentlich als "Beweis" einer von Grund auf antisemitischen DDR beigezogen, denn er wurde 1953 ein halbes Jahr inhaftiert, weil er "Jude und obendrein Westemigrant" gewesen war. Jacobus, Jahrzehnte in der DDR Journalist, gestaltete das "Professorenkollegium" im Fernsehen, war Chefredakteur der Wochenzeitung "Sonntag" und er war aus der Emigration mit der Überzeugung zurückgekehrt, in der DDR keine exponierten Nazifunktionäre in der Regierung der DDR vorzufinden. Willi Sitte qualifizierte die Inhaftierung mit der Bemerkung: "Das war der halbgebildete Herr Mittelmaß, der plötzlich Macht besaß und ideologisch verbohrt war. Der glaubte das Monopol auf Wahrheit zu besitzen und selbstherrlich über Schicksale entscheiden zu dürfen."<sup>27</sup> Jacobus antwortete Sitte: "Aber ich bin wieder herausgekommen und ging nun erst recht meinen Weg - für Gerechtigkeit und gegen Nazi-Denken ... Als ich aus der Emigration kam, habe ich mich bewusst für dieses Land entschieden, denn an dessen Spitze standen keine Nazis ... Ich konnte vergleichsweise sicher sein, dass mir kein Davidstern an den Briefkasten gemalt oder ich vom Regierungschef nicht als 'rotlackierter Faschist' beschimpft werden würde."<sup>28</sup> Genaueres - und Beschämendes - kann man der Publikation "Träume zu Asche?" von Hans Jacobus entnehmen. Es war das damals bedauerlicherweise Übliche: die Überprüfungshysterie des Vorwurfs, sich während der Emigration im westlichen Ausland (Großbritannien) für eine verbrecherische Tätigkeit vorbereitet zu haben. Der Vernehmende fragte nach der jüdischen Abstammung und forderte, eine solche zu bestätigen. Zweifellos waren das Anklänge antisemitischen Charakters, wenn der Vernehmende vor dem Zeitpunkt des Todes Stalins im März 1953 fragte, ob der Vernommene jüdische Ärzte gekannt habe. Und wenn der Vernehmende im Protokoll permanent vermerkte: "Gab zu, Jude zu sein ... Nach jedem Verhör musste er (der Vernommene - D. J.) diesen Spuk unterschreiben, fast apathisch."<sup>29</sup> Nach sieben Monaten Untersuchungshaft wurde Jacobus entlassen und "zur Bewährung" in die Produktion geschickt. Die Art und Weise der Inhaftierung und Vernehmung entsprach keineswegs sozialistischer Denk- und Verhaltensweise und hinterließ bei Jacobus Bedenklichkeit. Dennoch findet sich bei Jacobus mit recht nichts von der Behauptung eines DDR-Antisemitismus. Und tatsächlich hat es nach den 50er Jahren keine Aktionen mehr gegeben, die antisemitischen Inhalt gehabt hätten.

Wenn allerdings auf Antisemitismus gepocht wird, weil es seitens der DDR Kritik gegen die aggressive Politik Israels und ein positives Verhältnis zu einigen Staaten im

Nahen Osten gab, dann ist daran zu erinnern, dass es Israel war, das gegen die Aufnahme der DDR in die UNO stimmte. Es ist nicht bekannt, dass sich Israel dagegen gewandt hätte, in welcher Weise die BRD mit der Hallstein-Doktrin gegen die internationale Anerkennung der DDR Front machte und jene Staaten mit Sanktionen zu belegen gedachte, die es wagten, entgegen dem Willen der BRD diplomatische Beziehungen mit der DDR aufzunehmen. Die Annäherung der DDR an Nahost-Staaten war ein wesentlicher Schritt, die BRD-Blockade zu überwinden.

Inzwischen mehren sich die Stimmen, die sich höchst kritisch gegen die Politik Israels wenden. Das "ND" fragte Moshe Zuckermann: "Israel-Kritik wird in Deutschland oft Antisemitismus vorgeworfen. Kaum jemand scheint fähig zu sein, Israel-Kritik, Antizionismus und Antisemitismus auseinander zu halten. Ist das so schwer?" Die Antwort lautete: "Eigentlich nicht. Israel betreibt seit Jahrzehnten eine Okkupationspolitik, allein das rechtfertigt eine scharfe linke Israel-Kritik, die nichts mit Antisemitismus zu tun hat. ... Man muss erst einmal unterscheiden lernen zwischen Judentum, Zionismus und Israel. Nicht alle Juden sind Zionisten, nicht alle Zionisten sind Israelis, und nicht alle Israelis sind Juden. Wenn man das nicht begriffen hat, wirft man alles wahllos durcheinander. Israel-Kritik, Antizionismus und Antisemitismus sind drei unterschiedliche Sachen."<sup>30</sup> Zu den schärfsten Kritikern der israelischen Staatspraxis gehört Rolf Verleger. Er war u. a. Mitglied im Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland, "von dessen vorbehaltloser Unterstützung der israelischen Gewaltpolitik er sich während des Libanonkriegs 2006 in einem Offenen Brief distanzierte."<sup>31</sup>

Inzwischen ist es allerdings Mode geworden, von den zwei deutschen Diktaturen zu sprechen, wobei die DDR nach und nach als die schlimmere Diktatur apostrophiert wird, unter anderem deshalb, weil sie längere Zeit Bestand hatte als das Nazireich. Deshalb sei unmissverständlich hervorgehoben: Was es auch an antisemitischen Reflexen der verschiedensten Art in der DDR gegeben haben mag und hat, die Ursachen dafür lagen niemals in einer Position, wie sie Hitler in seinem "Mein Kampf" propagiert hatte, in dem es heißt: "Nein, der Jude besitzt keine irgendwie kulturbildende Kraft, da der Idealismus, ohne den es eine wahrhafte Höherentwicklung des Menschen nicht gibt, bei ihm nicht vorhanden ist und nie vorhanden war. Daher wird sein Intellekt niemals aufbauend wirken, sondern zerstörend ... Nicht durch ihn findet irgendein Fortschritt der Menschen statt, sondern trotz ihm. ... Er ist und bleibt der typische Parasit, ein Schmarotzer, der wie ein schädlicher Bazillus sich immer mehr ausbreitet, sowie nur ein günstiger Nährboden dazu einlädt."<sup>32</sup>

Die Voreingenommenheit bundesdeutscher Ideologen gegenüber der tatsächlichen politischen Haltung der DDR zu den Juden wird beispielsweise deutlich, wenn man das nach 1992 unter dem Titel "Leben im Dritten Reich" erschienene Sonderheft zur Ergänzung der Hefte der "Informationen zur politischen Bildung" über den "Nationalsozialismus" zur Hand nimmt und auf Seite 33 unter dem 3. Abschnitt der Literaturhinweise "Biographien, Romane, Erzählungen" zum Thema der nazistischen Judenverfolgung nicht einen einzigen Hinweis auf in der DDR Publiziertes erhält. Das ist um so bedeutsamer, wenn man bedenkt, dass diese Hefte zur politischen Bildung massenhaft in den Schulen eingesetzt werden können. Und mit dieser Unkenntniserhaltung kann man dann leicht über den vorgeblichen Antisemitismus in der DDR schwätzen.

Um der permanenten DDR-Antisemitismusbehauptung wenigstens einigermaßen entgegen zu wirken, werden seit geraumer Zeit Versuche unternommen zusammenzustellen, was alles insbesondere in Kunst und Literatur getan wurde, um die Bürger der DDR mit dem Judentum und den Verbrechen, die an den Juden begangen wurden, vertraut zu machen. Ich verweise auf den Abschnitt "Von den aufklärenden Handlungen der DDR gegen den Antisemitismus" in meiner Broschüre "Vom angeblichen Antisemitismus der DDR".<sup>33</sup> Auf eine Publikation sei besonders verwiesen. Von 1958 bis 1962 wurden beim Verlag Rütten und Loening in einer Übersetzung aus dem Polnischen sieben Auflagen des Sammelbandes "Im Feuer vergangen. Tagebücher aus dem Ghetto" veröffentlicht und 1961 erschienen in einer Auflage von 5000 Exemplaren Teile daraus in der Reclam-Broschüre "Tagebücher aus dem Ghetto". Erschüttert konnte man darin den Bericht "Die Todesbrigade" von Leon Weliczker lesen. Er schilderte, wie jüdische "Brigaden" aus den Konzentrationslagern von den Faschisten beim Herannahen der Roten Armee eingesetzt wurden, um die Jahre zuvor ermordeten, beerdigten und teilweise hochgradig vermoderten jüdischen Männer, Frauen und Kinder wieder auszugraben und zu verbrennen, um die Spuren ihrer Verbrechen möglichst zu beseitigen.<sup>34</sup>

Nun wird als herausragender Beweis eines DDR-Antisemitismus ständig insbesondere auf die Schändung jüdischer Friedhöfe in der DDR verwiesen. Auf dem Territorium der DDR gibt es ca. 120 jüdische Friedhöfe. Nicht wenige waren das Ziel mutwilliger Zerstörungen. Sofern das bekannt wurde, gab es Versuche, Täter zu ermitteln, obwohl das den Beschädigungen keinen Abbruch tat. Mutwilligkeit hat im übrigen verschiedene Ursachen. Nicht zwingend ist und war jedenfalls ein ausgeprägter oder bewusster Antisemitismus. Man demoliert aus Freude an der Verwüstung. Eine ähnliche Situation gab es in der alten BRD. Wie man erfahren kann, hat das in Gesamtdeutschland kein Ende genommen. Heutzutage weiß man von einem Anschlag wöchentlich. Allerdings vermisst man die Schlussfolgerung, die BRD als antisemitisch zu deklarieren. Diese Beurteilung wird nur der DDR angekreidet. Dass die DDR für die Instandsetzung der Mauer des jüdischen Friedhofs in Berlin-Weißensee zweieinhalb Millionen Mark zur Verfügung stellte, zählt nicht. Ebenso wenig die Unterstützung bei der Erhaltung des jüdischen Friedhofs in Berlin-Prenzlauer Berg (Schönhauser Allee).

"Ausgleichend" für das Verschweigen jener Aktivitäten, die seitens der DDR zur Aufklärung über die nazistischen Verbrechen gegenüber den Juden unternommen wurden, wird dann das konkrete Handeln der Staatsorgane der DDR zur Verfolgung von Tätern, die sich antijüdischer Verbrechen schuldig gemacht hatten, diskreditiert. Ein Beispiel ist die Art und Weise, wie Christian Dirks sich des Prozesses gegen den KZ-Arzt Horst Fischer annimmt.<sup>35</sup> Auf dem Buchumschlag ist zu lesen, es handle sich um einen "von der Stasi initiierten Schauprozess". Dabei weiß Dirks sicher, dass nach der gesetzlichen Ordnung der DDR das MfS für die Ermittlung nazistischer Verbrechen zuständig war und die Ergebnisse dann der Staatsanwaltschaft und der Justiz zur endgültigen Bearbeitung übergeben wurden. Aber es ist so passend, die in der BRD kennzeichnende Verteufelung des MfS in diffamierender Weise allseitig einzusetzen. Im Buch mokiert sich Dirks an allem möglichen. Vor allem stört ihn die Tatsache, dass seitens der DDR auf die Zusammenhänge zwischen Auschwitz und IG Farben verwiesen wurde. "Schnell ging es in der Anklage gegen Fischer nur noch um die

IG Farben und ihre Zusammenarbeit mit der SS. Seitenlang wurde aus dem Schriftverkehr der IG mit der SS zitiert ... Von der postulierten Interessenskongruenz von NS-Staat und den 'imperialistischen Konzernen' kam Streit (Generalstaatsanwalt - D. J.) unmittelbar auf die personellen Kontinuitäten führender IG-Mitarbeiter in der Bundesrepublik zu sprechen."<sup>36</sup> Aus dem in der BRD durchgeführten Auschwitz-Prozess weiß man dagegen, dass der Vorsitzende Richter jegliche Versuche, auf diese Zusammenhänge zu verweisen, rigoros abwürgte. Nach Dirks war der Verweis auf die Rolle der IG Farben "ein erwünschter Nebeneffekt: Die plakative Hervorhebung der großen 'Konzernherren' diente der Verschleierung einer breiten Partizipation der NS-'Volksgemeinschaft' an den Verbrechen des Regimes - auch in der ostdeutschen Bevölkerung."<sup>37</sup>

Ohne ins Einzelne gehen zu wollen, soll doch darauf verwiesen werden, dass die jüdische Herkunft, zumindest nach den 50er Jahren, dem Grunde nach in der DDR kein Thema war. Zum Verständnis der Situation in der DDR gehört die Feststellung, dass nicht wenige derjenigen, die jüdischer Herkunft waren und sich aktiv für den Sozialismus engagierten, ihre jüdische Herkunft für unwichtig hielten. Sie sahen sich nicht als Juden, sondern als Sozialisten/Kommunisten. Eine religiöse Bezugnahme spielte keine Rolle.

Es ist schon bemerkenswert, dass sich unter den führenden Personen der SED und der DDR nicht wenige Juden befunden haben. In Sonderheit waren sie als Diplomaten, in der Justiz und Wissenschaft sowie in der Kultur und im Verlags- und Pressewesen tätig. Bekanntlich waren die Mitglieder des Politbüros der SED Albert Norden und Hermann Axen Juden. Selbst wenn man die Verschiebungen bedenkt, die Anfang der 50er Jahre erfolgten, als unter dem Einfluss stalinistischer Pressionen Personen jüdischer Herkunft ebenso wie nicht wenige Westemigranten aus leitenden Funktionen entfernt wurden, fand die Normalität nach dieser Welle wieder ihren Platz. In Parenthese sei angemerkt, dass man in der Spitze der BRD wohl lange suchen müsste, um Persönlichkeiten mit jüdischer Herkunft in leitenden Funktionen zu finden.

Was die jüdischen Gemeinden in der DDR angeht, so ist festzustellen, dass deren Existenz und Wirksamkeit eine Normalität war. Dem Grunde nach waren die Beziehungen zum Staat analog denen, die beispielsweise für die evangelische und katholische Kirche galten. Das zuständige Organ war das Staatssekretariat für Kirchenfragen. Die Religionsausübung wurde nicht beeinträchtigt. Der Staat unterstützte die jüdischen Gemeinden mit finanziellen Mitteln bis zu sechstelliger Höhe. Die Teilnahme an ausländischen Kongressen wurde prinzipiell akzeptiert und es gab keine Reisebeschränkungen. Da es in der DDR keinen Rabbiner gab, konnten Ausländer nach Bedarf ohne Probleme zur Ausübung der religiösen Handlungen einreisen. Die Unterstützung durch einen Rabbiner aus den USA war nur eine Episode, allerdings nicht durch die Schuld der DDR, wenngleich der Betreffende nach dem Abbruch seiner Tätigkeit das Gegenteil behauptete. Die Ausbildung eines DDR-Bürgers in Ungarn als Rabbiner wurde gefördert. Allerdings kam es nicht zu einem positiven Ergebnis, denn der Betreffende kam zu Tode. Die Berliner jüdische Gemeinde verfügte über eine Bibliothek, zu der der Zugang für jeden Bürger möglich war.

Natürlich waren Unstimmigkeiten nicht ausgeschlossen. So als zum Beispiel die ABC-Zeitung<sup>38</sup> eine Geschichte veröffentlichte, die vom Drachen Zion handelte, der die palästinensischen Kinder um ihr Essen brachte. Der Protest des Vorsitzenden der

Berliner jüdischen Gemeinde MR Dr. Peter Kirchner gegen diese Publikation wurde mit Entschuldigung akzeptiert.<sup>39</sup>

## Anmerkungen

- 1 Jot: Die "Geheimakte" des KZ Buchenwald. In: Unaufgefordert, 6. Jg., Nr. 62 vom 5. Dezember 1994, S. 33.
- 2 Lutz Niethammer (Hg.): Der "gesäuberte" Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente, Berlin 1994, S. 12.
- 3 Vgl. Detlef Joseph: Hammer, Zirkel, Hakenkreuz. Wie antifaschistisch war die DDR? Berlin 2006.
- 4 Olaf Kappelt: Die Entnazifizierung in der SBZ sowie die Rolle und der Einfluß ehemaliger Nationalsozialisten in der DDR als ein soziologisches Phänomen, Hamburg 1997.
- 5 Frank Hirsching: Fälschung und Instrumentalisierung antifaschistischer Biographien. Das Beispiel Halle/Saale 1945 - 2005, Göttingen 2007.
- 6 Ebenda, S. 137.
- 7 Detlef Joseph: Vom angeblichen Antisemitismus der DDR, Berlin 2008.
- 8 Thomas Haury: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.
- 9 Edmund Silberner: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962.
- 10 MEW 1, S. 347 - 377.
- 11 MEW 30, S. 258 f.
- 12 MEW 37, S. 76
- 13 Edmund Silberner, S. 140.
- 14 Thomas Haury, S. 460.
- 15 Karl-Dieter Bunting: Deutsches Wörterbuch, Chur 1996, S. 38.
- 16 Thomas Haury, S. 432 f.
- 17 Arno Lustiger: ROTBUCH: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden, Berlin 1998.
- 18 Hermann Matern: Über die Durchführung des Beschlusses des ZK der SED "Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky", Berlin 1954, S. 71 - 90.
- 19 Prozeß gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums mit Rudolf Slansky an der Spitze, Prag 1953, S. 53 ff.
- 20 Ebenda, S. 604.
- 21 Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin 1954, S. 199 - 219.
- 22 Ebenda, S. 394 - 414.
- 23 Oberstes Gericht der Deutschen Demokratischen Republik, Urteil vom 30. März 1955. In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, 4/1994, S. 643 ff.
- 24 Norbert Podewin: Albert Norden. Der Rabbinersohn im Politbüro, 2. korr. Auflage, Berlin 2003, S. 258.
- 25 Oberstes Gericht ..., S. 647.
- 26 Wolfgang Kießling: Die Brüder Zuckermann - zwei Kommunisten zwischen Exil und Heimkehr. In: junge Welt vom 1. - 16. Dezember 1997.
- 27 Willi Sitte/Hans Jacobus: Hinter meinen Augenlidern, Berlin 1995, S. 23.
- 28 Ebenda, S. 23 f.
- 29 Hans Jacobus: Träume zu Asche?, Berlin 1993, S. 73.
- 30 Moshe Zuckermann: "Die Okkupation provoziert den Terror". In: Neues Deutschland vom 25./26. Oktober 2008.
- 31 Umschlagtext des Buches von Rolf Verleger: Israels Irrweg. Eine jüdische Sicht, Köln 2008.
- 32 Adolf Hitler: Mein Kampf, München 1939, S. 332, 334.
- 33 Detlef Joseph: Vom angeblichen Antisemitismus der DDR, Berlin 2008, S. 48 - 59.
- 34 Tagebücher aus dem Ghetto, Leipzig 1961 (Reclam 8934-38/alt).
- 35 Christian Dirks: "Die Verbrechen der anderen". Auschwitz und der Auschwitz-Prozeß der DDR: Das Verfahren gegen den KZ-Arzt Dr. Horst Fischer, Paderborn/München/Wien/Zürich 2006.
- 36 Ebenda, S. 256.
- 37 Ebenda, S. 271.
- 38 Paul Horst Basedow: Der Feuerdrache Zion. In: ABC-Zeitung 11/1984, S. 18.
- 39 Brief von MR Dr. Peter Kirchner vom 15. 1. 1985 an die Chefredaktion der ABC-Zeitung; Brief des Chefredakteurs Karl Heinz Semmelmann vom 22. Januar 1985 an MR Dr. Peter Kirchner (im Besitz des Autors).

Prof. Dr. Heinz Karl

## Palästinafrage und "Nahost"-Konflikt in der Sicht der SED

Die Parteien des Bundestages haben gegenwärtig Ärger mit der CDU. Die weigert sich, gemeinsam mit der LINKEN einen Antrag aller Fraktionen gegen Antisemitismus zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November einzubringen. Verwunderlich ist es nicht, grenzt die CDU sich doch stets gegen links ab, während sie nach rechts sehr offen ist. Das hat sie von den Parteien geerbt, aus denen sie historisch hervorgegangen ist. Die waren am Ende der Weimarer Republik sehr bemüht, sich mit der antisemitischen Nazipartei zu arrangieren, und haben 1933 offen mit ihr kollaboriert. Sowohl am 23. März beim Ermächtigungsgesetz als auch in der außenpolitischen Debatte am 17. Mai 1933 stellten sich die Ahnen der CDU und der CSU an die Seite Adolf Hitlers. Insofern ist die Weigerung der CDU, gemeinsam mit Linken gegen Antisemitismus Stellung zu beziehen, keineswegs verwunderlich.

Erstaunlich hingegen sind die von ihr an den Haaren herbeigezogenen "Argumente". Sie könne nicht mit der LINKEN, denn die habe sich nicht vom antizionistischen und antiisraelischen Erbe der SED distanziert. Die CDU-Philippika kulminiert in der faustdicken *politischen Zwecklüge*, die SED habe "Israel das Existenzrecht verweigert"<sup>1</sup>.

Diese Vorwürfe sind allerdings so neu nicht. Bereits in der sogenannten "freigewählten Volkskammer" wurde am 22. Juli 1990 der folgende, von Konrad Weiß begründete Antrag von 23 Abgeordneten behandelt: "Von der seinerzeitigen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wurde die Resolution Nr. 3379 (XXX) der UN-Vollversammlung vom 10. November 1975, durch die der Zionismus als eine Form des Rassismus und der Rassendiskriminierung verurteilt wird, zugestimmt. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik distanziert sich in aller Form von der hierzulande jahrzehntelang praktizierten antiisraelischen und antizionistischen Politik und deren innen- und außenpolitischen Folgen. Sie distanziert sich insbesondere von der Zustimmung zur Resolution 3379 (XXX) der UN-Vollversammlung vom 10. November 1975 über die Beseitigung aller Formen der rassistischen Diskriminierung unter Hinweis auf die darin festgestellte Gleichsetzung des Zionismus mit Rassismus und rassistischer Diskriminierung."<sup>2</sup>

Der Antrag wurde mit *einigen Stimmenthaltungen* angenommen. Zum Abstimmungsverhalten der PDS-Fraktion nahm Frau Dr. Kaufmann (PDS) Stellung: "In der Erklärung der Volkskammer vom 12. April [1990] haben sich alle Abgeordneten dieses Hohen Hauses, also auch die Abgeordneten der PDS-Fraktion, von der früheren Politik der DDR gegenüber dem Staat Israel distanziert. ...

Von daher ist es nur folgerichtig, daß die PDS-Fraktion das Anliegen des vorliegenden Beschlusssentwurfes uneingeschränkt unterstützt, deckt er doch zwei wesentliche Ursachen für die völlig einseitige und damit falsche offizielle Sicht auf Israel auf, zum einen die pauschale Verurteilung des Zionismus als reaktionär, chauvinistisch oder gar rassistisch, und zum anderen die Gleichsetzung des so diffamierten Zionismus mit Israel und seiner Außenpolitik."<sup>3</sup>

In dem Antrag werde aber die israelische Okkupation arabischen Territoriums, werden die Rechte des palästinensischen Volkes nicht erwähnt. Deshalb "hat sich unsere Fraktion, unbeschadet ihrer vollen Zustimmung zum Anliegen der Antragsteller, weitgehend der Stimme enthalten."<sup>4</sup>

Wie man sieht, ist das Verhältnis von SED und DDR zu Palästina und Israel nicht nur ein unerschöpflicher Steinbruch für Antikommunismus und Sabotage notwendiger antifaschistischer Positionierung, sondern es zeigt sich auch, dass Irritationen hinsichtlich eines linken, sozialistischen Standpunkts im *sogenannten* Nahostkonflikt durchaus ihre Geschichte haben.

Wie verhält es sich nun mit den geschichtlichen Tatsachen über die Haltung der SED zur Entwicklung in und um Palästina?

### **Die Entwicklung 1947/48 in der Sicht der SED**

Die SED unterstützte insgesamt und im Detail den Beschluss der UN vom 29. November 1947 über die Teilung des bisherigen Mandatsgebietes in einen arabischen und einen jüdischen Staat und einen Sonderstatus für Jerusalem. Sie begrüßte insbesondere wärmstens die Bildung eines *jüdischen* Staates. Von den Palästinensern<sup>5</sup> war nicht die Rede. Sie interessierten nicht.

Die offizielle Position der SED brachte ein Artikel eines ihrer führenden Politiker, des Mitglieds des Zentralsekretariats Paul Merker zum Ausdruck, der unter dem Titel "Der neue Staat des jüdischen Volkes" am 24. Februar 1948 im "Neuen Deutschland" erschien.<sup>6</sup> Die wichtigsten Aussagen lauteten: "Es wird noch viele schwere Kämpfe erfordern, um die Ruhe und Sicherheit herbeizuführen, welche die jüdische Bevölkerung Palästinas so dringend benötigt, um ihr Land aufzubauen und es zu einer solchen Blüte zu entwickeln, damit Raum und Möglichkeiten für die Existenzsicherung der vielen Tausenden heimatloser Juden geschaffen werden, die sich heute noch auf Cypern und als 'Displaced persons' in Europa befinden ...

Der jüdischen Bevölkerung gehören die Sympathien und die tatkräftige Hilfe der fortschrittlichen Kräfte. Besonders die demokratischen Kräfte Deutschlands haben die Verpflichtung, ihre Sympathie und Hilfsbereitschaft offen zum Ausdruck zu bringen."

Als charakteristisch für den entstehenden jüdischen Staat hob Paul Merker seine "fortschrittlichen Ideen" und "die sozialistischen Bestrebungen seiner Arbeiterbewegung" hervor.

Merkwürdig und vielseitig ausdeutbar muten Merkers Feststellungen an, dass die Sowjetunion nichts dagegen einzuwenden hat, "wenn Palästina sich zum kulturellen und religiösen Zentrum der Juden der ganzen Welt entwickeln sollte", und: "Die Führer des Judentums in der Sowjetunion werden von nun an in direktem Kontakt mit dem jüdischen Zentrum in Palästina stehen." Ich komme auf andere Aspekte dieses Artikels noch einmal zurück.

Die Proklamierung des Staates Israel am 14. Mai 1948 schätzte die SED so ein, dass "die Gründung dieses souveränen Staates zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Palästina und im Nahen Osten beitragen werde".<sup>7</sup>

### **... und in der Realität**

Die tatsächliche Entwicklung in Palästina zeugte jedoch vom Gegenteil. Unmittelbar nach dem Teilungsbeschluss begannen die Zionisten militärische Operationen, auf die sie sich schon lange Zeit gründlich vorbereitet hatten. Bereits 1937 hatten sie einen Plan zur gewaltsamen Übernahme der Kontrolle über Palästina im Falle eines Abzugs der Briten ausgearbeitet (Plan A). 1946 wurde er zum Plan B weiterentwickelt, Ende 1946 zum Plan C. Diese Planungen beruhten auf kartographischen, taktischen, Aufklärungs- und logistischen Arbeiten seit den 30er Jahren.



Ihre wichtigste Grundlage waren Dossiers über alle arabischen Dörfer Palästinas, über die auch Luftaufnahmen angefertigt wurden. Sie enthielten statistische Angaben über die Zusammensetzung der Bevölkerung, die wirtschaftliche Situation, die Besetzung kommunaler und religiöser Funktionen. Erfasst wurden Konflikte innerhalb der Dorfgemeinschaften wie Feindschaften zwischen Familien, ferner Personen, die für eine Informanten- oder Provokateurstätigkeit gewonnen werden sollten. Für jedes Dorf wurden Listen aufgestellt über Personen, von denen Widerstand gegen eine zionistische Herrschaft zu erwarten sei, gegliedert nach solchen, die sofort zu liquidieren, und solchen, die in Internierungslager zu verbringen wären. Desgleichen wurde für jedes Dorf ein exakter Angriffsplan für den Fall einer militärischen Besetzung erarbeitet. Die Dorfdossiers wurden laufend aktualisiert, zuletzt 1947.<sup>8</sup>

Ab Anfang Dezember 1947 wurden von der Haganah zahlreiche palästinensische Dörfer und Stadtviertel angegriffen und besetzt. Etwa 75 000 Palästinenser wurden aus ihren Wohnsitzen vertrieben, viele - zu einem erheblichen Teil gezielt auf Grundlage der Dorfdossiers - ermordet.

Am 18. Februar 1948 verkündete die Haganah die Wehrpflicht und die Einberufung der Männer und Frauen zwischen 25 und 35 Jahren, am 6. März die allgemeine Mobilmachung. Am 10. März beschloss die zionistische Führung den Plan D (hebräisch: "Dalet"). Ihm zufolge begann am 1. April die Generaloffensive der zionistischen Streitkräfte.

Eine Episode der "Dalet"-Offensive war das Massaker von Deir Yassin (bei Jerusalem) am 9. April 1948, über das die *New York Times* bereits am 10. April berichtete. Albert Einstein und Hannah Arendt protestierten gemeinsam mit 26 prominenten New Yorker Juden gegen das Massaker. Der Protestbrief wurde später auch in der *New York Times* veröffentlicht. Darin hieß es: "Terroristische Banden griffen dieses friedliche Dorf an ..., töteten die meisten Einwohner - 240 Männer, Frauen und Kinder - und ließen einige von ihnen leben, um sie als Gefangene auf den Straßen Jerusalems zur Schau zu stellen. ... Aber weit davon entfernt, sich für ihre Tat zu schämen, waren die Terroristen stolz auf dieses Massaker, machten es weithin publik und luden alle im Land anwesenden Auslandskorrespondenten ein, sich die aufgehäuften Leichen und die allgemeine Verwüstung in Deir Yassin anzusehen."<sup>9</sup>

Ausgeführt wurde das Massaker von Einheiten zweier in Opposition zur Jewish Agency und Haganah stehenden extrem-zionistischen Gruppierungen: der Irgun Zvai Leumi (Etzel) unter Menachem Begin und der Lechi (Stern-Gruppe) unter Yitzak Shamir. Das Massaker löste besonderes Entsetzen aus, weil bekannt war, dass die Gemeinde Deir Yassin den palästinensischen Widerstand ablehnte und mit der Jewish Agency und der Haganah zusammenarbeitete. Die Haganah war von der Aktion informiert und hätte sie verhindern, zumindest die ihr vertrauende Gemeinde Deir Yassin warnen können - sie tat weder das eine noch das andere. Die Botschaft von Deir Yassin an die Palästinenser war: Es hilft euch nichts, wenn ihr euch unterwerft - ihr rettet euch nur, wenn ihr verschwindet! Sie tat die beabsichtigte Wirkung: Sie löste die panische Flucht von Hunderttausenden aus, um das nackte Leben zu retten.

Am 22. April griff eine Haganah-Brigade die arabischen Viertel von Haifa an. Ihr Kommandeur - er wurde später israelischer Generalstabschef - gab den (im Haganah-Archiv aufbewahrten) Befehl: "Tötet jeden Araber, den ihr trefft, setzt alles Brennbares in Brand und sprengt die Türen auf."<sup>10</sup> Tausende flüchteten zum Hafen - von der Haganah mit Granatwerferfeuer verfolgt, damit sie nicht umkehrten -, um mit Booten in das noch nicht von den Zionisten besetzte Akkon zu entkommen. Hunderte ertran-

ken, da sie schwimmend kein Boot erreichten oder ihre überladenen Boote kenterten. Als Golda Meir kurze Zeit danach in Haifa eintraf und durch die Stadt ging, erinnerte sie der Anblick der in Panik verlassenen und dann geplünderten Häuser an die Erzählungen ihrer Eltern von den Judenpogromen im zaristischen Russland.<sup>11</sup>

Jaffa, die arabische Nachbarstadt Tel Avivs, wurde drei Wochen erfolgreich von 1500 Freiwilligen unter Führung eines arabischen Christen verteidigt. Am 13. Mai wurden sie von 5000 Mann Haganah- und Etzel-Truppen überwältigt. 50 000 Einwohner wurden vertrieben, wobei sich die Szenen von Haifa wiederholten.<sup>12</sup> Im Rahmen der Operation "Dalet" wurden bis Mitte Mai 1948 etwa 250 000 Palästinenser vertrieben.<sup>13</sup>

## David und Goliath?

Zum militärischen Kräfteverhältnis<sup>14</sup>: Es war für die arabische Seite von Anfang an hoffnungslos. Die Palästinenser verfügten über 7000 Mann Milizen und 1000 (im Februar) bis 3000 Freiwillige (im Mai) aus anderen arabischen Ländern, die Zionisten im Frühjahr über 50 000 Mann Haganah sowie Verbände der Etzel und Lechi. Nach dem 15. Mai entsandten einige arabische Regierungen unter dem Druck der öffentlichen Meinung Truppen nach Palästina: Ägypten 10 000 Mann (davon 5000 unausgebildete Freiwillige), Syrien einige tausend Mann (die gesamte syrische Armee zählte nur 10 000); von der 4000 Mann starken Armee des Libanon wurde die Hälfte im libanesischen Grenzgebiet stationiert.

Die handlungsfähigste arabische Armee, die 15 000 Mann starke, von britischen Offizieren ausgebildete und geführte "Arabische Legion" Transjordaniens wurde durch ein Geheimabkommen neutralisiert, das am 11. Mai 1948 in Amman durch Golda Meir von der Jewish Agency und König Abdullah ausgehandelt wurde. Darin teilten die Zionisten und Transjordanien das von der UNO für den arabischen Staat vorgesehene Territorium unter sich auf und die Arabische Legion kämpfte nur um die Altstadt von Jerusalem. Sie zerschlug die dort operierenden Verbände der (mit der Haganah *konkurrierenden*) Etzel und Lechi, während sie den Operationen der Haganah im größten Teil des Landes freien Lauf ließ. Dadurch wurde auch das dem transjordanischen Kommando unterstellte irakische Kontingent aus Kampfhandlungen weitgehend herausgehalten.

Insgesamt waren von den regulären arabischen Armeen 23 000 Mann an den Kampfhandlungen in Palästina beteiligt. Ihnen standen im Sommer 1948 israelische Streitkräfte in Stärke von 80 000 Mann gegenüber. Bei Beendigung der Kämpfe umfassten diese 12 Infanteriebrigaden und eine motorisierte Brigade mit insgesamt 110 000 Mann. (Das entsprach der Gesamtstärke der Armeen Ägyptens, des Irak, Jordaniens, Syriens und des Libanon.)

Während Großbritannien, Frankreich und die USA ihre Waffenlieferungen an die arabischen Länder einstellten, erhielten die Zionisten bzw. Israel bedeutende Mengen Kriegsmaterial aus der Tschechoslowakei und wohl auch der Sowjetunion. Am 1. April traf die erste Lieferung ein, u. a. 4500 Gewehre und 200 Maschinenpistolen. Vom 12. bis 14. Mai trafen 24 500 Gewehre, 5200 Maschinengewehre u. a. ein. Vom 20. Mai bis 10. August 1948 funktionierte dafür eine Luftbrücke Prag-Tel Aviv. Am 24. Mai ging eine große Lieferung moderner Geschütze ein, im Juni folgten zahlreiche neue Flugzeuge. Bereits am 11. Juni 1948 konnte die israelische Luftwaffe einen Bombenangriff auf die syrische Hauptstadt Damaskus durchführen.

## Seltsame Widerspiegelung der Realität in der SED-Presse

Diese Tatsachen, Ereignisse und Zusammenhänge schlugen sich in der Presse der SED auf ganz merkwürdige Weise nieder. Während in der Realität Palästinas eine zionistische Offensivoperation die andere jagt, sie schon zur Zeit der Ausrufung des Staates Israel die Hälfte des von der UNO den Palästinensern zugesprochenen Territoriums erobert haben, haben sie sich im *Neuen Deutschland* ständig arabischer Angriffe und "Überfälle der bewaffneten arabischen Banden" zu erwehren.<sup>15</sup> Von Deir Yassin, das durch die internationale Presse geht, wird hingegen keine Notiz genommen, auch nicht nach Veröffentlichung des Protestes von Albert Einstein, Hannah Arendt und der anderen.

Darüber hinaus werden offenkundige politische Zwecklügen kolportiert. So berichtet *ADN* unter der Überschrift "Nazi-Generalstab in Kairo": "Der ehemalige SS-General (sic!) Eichmann ... befindet sich gegenwärtig in Kairo, um dort einen besonderen aus ehemaligen deutschen Offizieren bestehenden Generalstab für die Unterstützung der arabischen Palästina-Streitkräfte zu organisieren, verlautete aus unterrichteten Kreisen Tel Awivs."<sup>16</sup>

Der euphorischen Schönfärberei der zionistischen Kräfte entspricht die abfällige und abwertende Kennzeichnung der Palästinenser, die sich gegen die zionistische bzw. israelische Kolonialpolitik zur Wehr setzten. Sie werden stigmatisiert als "feudale Reaktion der arabischen Könige, Fürsten und Muftis" (Paul Merker), als "Feudalherren, die an der Spitze der von Engländern und Amerikanern (sic!) ausgerüsteten Banden gegen die Juden vorgehen" oder einfach als "verhetzte Araber" (Walter Janka)<sup>17</sup>. Jedoch die vielen Hunderttausende Palästinenser, die Opfer des von den Zionisten entfesselten (und von langer Hand geplanten und vorbereiteten!) kolonialen Eroberungskrieges wurden, waren weder Feudalherren noch Muftis, sondern Bauern, Arbeiter, Angestellte, Handwerker, Händler, Intellektuelle.

## Die Position der Sowjetunion

Beeinflusst - nicht bedingt - war die Haltung der SED vermutlich auch durch die sowjetische Position, wie sie in der UNO vor allem durch den sowjetischen Chefdelegierten Andrej Gromyko vertreten wurde. In der Sondersitzung der UN-Vollversammlung zur Palästinafrage am 14. Mai 1947 war er es, der die Frage der Schaffung eines *jüdischen* Staates in Palästina in den Vordergrund rückte. Er begründete das mit den "fortgesetzten Leiden der Juden in Europa heute, nachdem 6 Millionen Juden von den Nazis getötet" wurden und mit der "Verpflichtung gegenüber den überlebenden Juden"<sup>18</sup>.

Am 29. Mai 1948 beschuldigte Gromyko im Sicherheitsrat Großbritannien des Versuchs, "den Sicherheitsrat in seine Politik der Unterstützung der Araber und der Sabotierung des neuen jüdischen Staates einzuspannen"<sup>19</sup> und deklarierte die kolonial-zionistische Bewegung in Israel als "nationale Befreiungsbewegung der Juden"<sup>20</sup>.

## Zur Einschätzung der Positionen 1947/48

Rückblickend - und angesichts der heutigen Situation, ihrer teilweise fast unlösbaren Probleme, ihrer immensen Gefahren und ihrer enormen Belastungen für die künftige Entwicklung - muss man wohl sagen, dass die von der SED und der Sowjetunion 1947/48 bezogenen Positionen in der Palästinafrage sich in entscheidenden Aspekten als falsch und kontraproduktiv erwiesen haben.

Was die Teilung selbst, die sogenannte Zwei-Staaten-Lösung angeht, so war sie realistisch, ohne Alternative. Fast drei Jahrzehnte mit allen Mitteln forcierte zionistische Masseneinwanderung mit unverhülltem *Herrschaftsanspruch* und zunehmender organisierter Gewaltanwendung hatten die Spannungen zwischen der existenzbedrohten autochthonen Bevölkerung Palästinas und den nach Inbesitznahme palästinensischen Landes strebenden zionistischen Einwanderern bereits in einem solchen Maße verschärft, dass ihr Zusammenleben in *einem* Staat ein unkalkulierbares Risiko gewesen wäre. Dies dürfte auch für heute und die absehbare Zukunft - über die hinaus zu disponieren keinen Sinn hat - gelten.

Der Teufel steckte und steckt im Detail - in den *konkreten Festlegungen* der Teilung, die von einer unerträglichen Einseitigkeit und Ungerechtigkeit und deshalb nicht im entferntesten tragfähig sind. Sie kamen weitestgehend den Forderungen der Zionisten nach, vor deren Erfüllung u. a. Hannah Arendt eindringlich gewarnt hatte.<sup>21</sup> Den jüdischen Einwanderern, nur 31,4 % der Bevölkerung, wurden 56,5 % des Mandatsgebietes zugesprochen, den Palästinensern, 68,6 % der Bevölkerung, nur 42,9 % des Territoriums. Die Bevölkerung des palästinensischen Staates würde sich nach dieser Aufteilung zu 98,8 % aus Arabern und zu 1,2 % aus Juden zusammensetzen, die Bevölkerung des Staates Israel hingegen nur 53,3 % Juden neben 46,7 % Arabern umfassen. Von den Juden Palästinas würden 98 % in ihrem *jüdischen* Staat, von den Arabern nur 65,1 % in ihrem palästinensischen Staat leben.<sup>22</sup> Den in einen *zionistischen* Staat hineingezwungenen Palästinensern blieb nach den treffenden Worten Hannah Arendts nur die Wahl "zwischen freiwilliger Auswanderung und Bürgerrechten zweiter Klasse"<sup>23</sup>. "Niemand glaubte an diesen Plan; jeder wusste, dass es Krieg geben musste."<sup>24</sup>

Es war eine schwerwiegende Fehlentscheidung der Sowjetunion und der SED, dieses unheilvolle konkrete Modell der Teilung durchzusetzen bzw. gutzuheißen. Schon daraus resultierte auch die zu beobachtende peinliche Einseitigkeit der Betrachtung und des Herangehens.

## Zur Genesis der Probleme

Unbegreiflich ist die seinerzeitige völlige Verdrängung des kolonialen Charakters der zionistischen Masseneinwanderung mit dem Ziel der Errichtung eines *jüdischen* Staates, das heißt als "Besiedlungs- und Kolonisierungsprojekt"<sup>25</sup>. Deshalb ist es notwendig, auf einige fundamentale, für eine Beurteilung unabdingbare Tatsachen hinzuweisen.

Die von der sich formierenden zionistischen Bewegung betriebene jüdische Einwanderung nach Palästina setzte Ende des 19. Jahrhunderts ein. Von 1882 bis zur Jahrhundertwende waren es etwa 40 000 Einwanderer, bis 1914 folgten weitere 40 000. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges verließ ein Teil der Eingewanderten das Land. 1917/18, zur Zeit der britischen Okkupation, aus der das Mandatsregime hervorging, lebten in Palästina etwa 55 000 Juden - neben 630 000 palästinensischen Arabern.

Unter dem britischen Mandat wurde die von den Zionisten organisierte Masseneinwanderung forciert. In den 20er Jahren wanderten rund 100 000 Juden ein, in den 30er Jahren über 250 000 - von 1919 bis 1947 insgesamt 439 000. Von 1920 bis 1936 stieg der jüdische Bevölkerungsanteil von 7 % auf 30 % (das waren 375 000 - neben 800 000 Arabern).

1933 bis 1945 kamen 268 000 jüdische Einwanderer nach Palästina, davon etwa 55 000 aus Deutschland und Österreich. (Aus diesen beiden Ländern wanderten zur gleichen Zeit 204 000 Juden in die USA, England, Frankreich, Belgien, Argentinien, China [Schanghai] und Südafrika ein.)

Von der Staatsgründung im Mai 1948 bis Juni 1951 wanderten etwa 650 000 Juden in Israel ein. 1951 lebten im Staat Israel und in den seit 1948 von Israel besetzten palästinensischen Gebieten 1,346 Millionen Juden und 174 000 Palästinenser (davon 140 000 unter Militärverwaltung).<sup>26</sup>

Die Einwanderungsgenehmigung wurde formell von den britischen Mandatsbehörden erteilt, tatsächlich aber lag sie - sowohl in den Auswanderungsländern als auch in Palästina - in den Händen der zionistischen Organisationen, welche die Einwanderungskandidaten nach strengen strategischen Kriterien auswählten: Vor allem jüngere unverheiratete Männer für die Arbeit in landwirtschaftlichen Siedlungen, "die mit Hacke und Gewehr umzugehen verstünden"<sup>27</sup>. Zusammenfassend urteilt der israelische Historiker Tom Segev: "Die Tendenz, die europäischen Juden als 'Menschmaterial' anzusehen, das zur Gründung des Staates benötigt wurde, anstatt umgekehrt den Staat als ein Mittel zur Rettung der Juden zu betrachten, bestimmte die Einwanderungspolitik der zionistischen Führung."<sup>28</sup>

Von Anfang an war die zionistische Einwanderung damit verbunden, dass die jüdischen Siedler von dem Boden, den sie von Großgrundbesitzern erworben hatten, die palästinensischen Pachtbauern vertrieben und ins Elend stießen. 1929 berichtete die *Internationale Presse-Korrespondenz* aus Jerusalem: "Der Kampf um den Boden ist zum Angelpunkt der Entwicklung in Palästina geworden."<sup>29</sup> Bis Mitte der 30er Jahre war etwa ein Achtel des gesamten bebaubaren bzw. *ein Drittel* des gesamten *fruchtbaren* Bodens in jüdische Hände gelangt, waren über 60 000 palästinensische Bauernfamilien von ihren Bodenstücken gewaltsam vertrieben worden.<sup>30</sup>

Da die Parole, mit der die zionistische Landnahme "begründet" wurde ("Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land!"), eine komplette - und zudem ausgesprochen plumpe und dreiste - Lüge war, stand seit dem Beginn der zionistischen Einwanderung das Problem des "Transfers" der Palästinenser aus ihrer Heimat, um Platz für die jüdischen Siedler zu schaffen. Schon Theodor Herzl sprach 1895 (!) dieses Problem an<sup>31</sup>, denn: "Die Araber 'verschwinden zu lassen' war nicht nur ein zentraler Bestandteil des zionistischen Traums" (von der Errichtung eines rein *jüdischen* Staates), "sondern auch eine unabdingbare Voraussetzung für seine Verwirklichung."<sup>32</sup> In den beiden kolonialen Eroberungskriegen 1948 und 1967 wurde die Mehrheit der Palästinenser zu Opfern der Realisierung dieses kolonialchauvinistischen Konzepts.

Die zionistische Kolonisation war von Anfang an verbunden nicht nur mit kolonialem Landraub und massenhafter Vertreibung der Palästinenser, sondern auch mit deren rassistischer Diskriminierung durch die europäischen Einwanderer.<sup>33</sup> Schon 1891 entsetzte sich der leidenschaftliche Zionist Achad Ha'am (Ascher Ginsberg) über die jüdischen Siedler: Diese "begegnen den Arabern mit Feindseligkeit und Grausamkeit, sie vergreifen sich an ihrem Besitz, schlagen sie schamlos ohne hinreichenden Grund und sind sogar noch stolz darauf."<sup>34</sup>

Entsprechend diesen Realitäten Palästinas schätzte die kommunistische Bewegung in den 20er und 30er Jahren die zionistische Kolonisation als ein Phänomen imperialistischer Kolonialpolitik, insbesondere kolonialer Landnahme und der Formierung kolonialer Herrschaftsverhältnisse ein.<sup>35</sup>

## Folgeschwere Kursänderung

In der zweiten Hälfte der 40er Jahre wurden diese Tatsachen, Erfahrungen und Erkenntnisse massiv verdrängt. Diese Verdrängung gipfelte wohl in der kuriosen Entdeckung Gromykos, der Zionismus in Palästina sei "die nationale Befreiungsbewegung der Juden"<sup>20</sup>. Dabei ist aus dem kolonialistischen Wesen des zionistischen Projekts nie ein Hehl gemacht worden. Balfour schrieb schon 1917 zu der nach ihm benannten Deklaration: "Wir weigern uns ganz bewusst und mit Recht, das Prinzip der Selbstbestimmung für die gegenwärtigen Bewohner Palästinas anzuerkennen, denn die Judenfrage außerhalb Palästinas ist für die ganze Welt von Bedeutung; der Zionismus wurzelt in uralten Traditionen, gegenwärtigen Nöten und zukünftigen Hoffnungen, die sehr viel schwerer wiegen als die Wünsche und Vorstellungen der 700 000 Araber, die derzeit dieses alte Land bewohnen."<sup>36</sup> Und Churchill, der als Kolonialminister die Schleusen für die zionistische Einwanderungsflut geöffnet hatte, brachte es 1937 vor der Palästina-Untersuchungskommission in seiner unnachahmlichen Art auf den Punkt: Die Palästinenser hätten genauso wenig ein Recht auf Palästina wie ein "Hund im Zwinger ein Recht auf diesen Zwinger hat, auch wenn er dort schon einige Zeit gelegen hat". Ihnen sei kein Unrecht geschehen "dadurch, daß eine stärkere Rasse, eine höherstehende Rasse oder zumindest, um es einmal so auszudrücken, eine weltgewandtere Rasse ihren Platz eingenommen hat".<sup>37</sup>

Ausgesprochen fragwürdig scheinen mir alle Versuche, die Schaffung eines jüdischen Staates *in Palästina*, auf Kosten des *palästinensischen* Volkes, als natürliche Konsequenz des Holocaust darzustellen. Als dieser stattfand, wurde am jüdischen Staat in Palästina schon ein Vierteljahrhundert lang kräftig und zielbewusst gezimmert, war der "jischuw", die organisierte *zionistische* jüdische Gemeinschaft, schon eine reale, harte Tatsache. Treffend urteilt Tom Segev über das Ergebnis von "drei Jahrzehnten des Zionismus in Palästina": "Die sozialen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Grundlagen des künftigen Staates waren gefestigt ...

Die häufige Behauptung, die Staatsgründung sei eine Folge des Holocaust gewesen, entbehrt daher jeder Grundlage ..."<sup>38</sup>

Ganz besonders fragwürdig scheint mir die Argumentation Paul Merkers zu sein, mit dem Teilungsbeschluss "wird, wenn auch nur in geringfügiger Weise, begonnen, das unermessliche Unrecht wieder gutzumachen, das dem jüdischen Volke seit 1800 Jahren zugefügt wurde."<sup>39</sup> Abgesehen davon, dass es sich hier nur scheinbar um eine historische Sicht handelt, tatsächlich aber um ein die realen historischen Zusammenhänge negierendes, *ahistorisches* Herangehen, stellt sich doch wohl die einfache Frage, warum für Sünden der alten Römer, des christlichen Abendlandes und "zivilisierten Europas" denn ausgerechnet die Palästinenser aufkommen sollten, die mit all dem *nicht das geringste* zu tun hatten?

Als reine Illusion haben sich alle Hoffnungen erwiesen, der neue jüdische Staat in Palästina werde durch sein Beispiel auf die arabischen Länder ausstrahlen und in diesen progressive gesellschaftliche Entwicklungsprozesse anstoßen. Das Gegenteil war und ist der Fall - was aber vorauszusehen war.

Ebenso unbegründet waren Erwartungen, in Israel würden linke Kräfte bestimmenden Einfluss gewinnen. Schon in der Gründungsphase dominierten eindeutig die zionistisch-nationalistisch orientierten Kräfte in der Arbeiterbewegung und die bürgerlichen Chauvinisten. Die ersten Parlamentswahlen im Januar 1949 bestätigten das.

Welchen Kurs Israel tatsächlich einschlug, wurde *spätestens* am 2. Juli 1950 offenkundig, als es in der UNO den amerikanischen Krieg in Korea unterstützte.<sup>40</sup>

Kurz: Eine Korrektur der 1947/48 bezogenen Positionen in der Palästina-Frage, die den Realitäten Rechnung trug, war unumgänglich. Sie erfolgte jedoch erst nach Jahren.

### **Suez-Aggression 1956 als Wendepunkt**

Zu einem Wendepunkt in der Betrachtung der Probleme und der agierenden politischen Kräfte im Nahen Osten wurde die Suez-Aggression im Herbst 1956, die am 29. Oktober 1956 mit einem Überfall der kurzfristig mobilisierten israelischen Armee auf Ägypten begann. Die DDR hatte zuvor seit August 1956 in mehreren Erklärungen ihre Unterstützung für Ägypten in der Suezkanalfrage zum Ausdruck gebracht, während die BRD sich entschieden auf die Seite der imperialistischen Kanalinteressenten stellte.

In einer Regierungserklärung Otto Grotewohls vor der Volkskammer am 2. November 1956 nahm die DDR zur imperialistischen Aggression Stellung. Grotewohl kennzeichnete diese als imperialistische *Kolonialpolitik*. In einer Erklärung der Regierung der DDR vom 8. November wurde festgestellt, dass die Dreier-Aggression "bis an den Rand eines dritten Weltkrieges geführt"<sup>41</sup> habe.

Angesichts des gefährlichen und skandalösen Tatbestandes wurden erstmals klare Aussagen zur realen Rolle Israels getroffen. In der ersten Stellungnahme der SED zur Aggression, einem Leitartikel "Den Aggressoren Einhalt gebieten!" im *Neuen Deutschland* vom 1. November 1956, hieß es: "Israel wurde vorgeschickt. Manche fragen: Wieso gerade Israel? Haben die Juden von dem Aggressor Hitler nicht genug erdulden müssen? Man darf nicht vergessen, daß es auch unter den Juden neben werktätigen Menschen, die den Frieden wollen, eine Großbourgeoisie gibt, die sich von der Großbourgeoisie anderer Völker nicht unterscheidet. Sie ist die herrschende Schicht im Staate Israel ..." Am 2. November vor der Volkskammer erklärte Otto Grotewohl dazu: "Das von den USA unterstützte Israel dient seit Jahren dem internationalen Monopolkapital als aggressiver Militärstützpunkt und ständiger Unruheherd im Nahen Osten. Westliche Kreise haben die israelische Armee mit modernsten Waffen ausgerüstet. Heute sieht die ganze Welt, wozu das geschah."<sup>42</sup>

Mit aller Deutlichkeit wurde auf die Unterstützung der Aggressoren durch die BRD und insbesondere auf deren Rolle bei der Aufrüstung Israels hingewiesen. "Sie gewährt den aggressiven Kreisen Israels mehr als drei Milliarden D-Mark sogenannter Reparationen, die Israel in seinem Kampf gegen die nationale Unabhängigkeitsbewegung der Völker des Nahen Ostens verwendet"<sup>43</sup>, führte Otto Grotewohl vor der Volkskammer aus.

### **Sechstagekrieg, Juni 1967**

Eine jähe Zuspitzung der Probleme im Nahen Osten entwickelte sich 1967. Sie war vor allem dadurch gekennzeichnet, dass Israel militärisch bedeutend erstarkt war und durch aktive Handlungen das Kräfteverhältnis weiter zu seinen Gunsten zu verändern trachtete. Am 30. Mai berichtete die *Bild*-Zeitung aus Israel, "die israelischen Truppen könnten es kaum erwarten loszuschlagen". Sie zitierte einen israelischen Oberst: "Sie sind wie Hunde, die an der Kette zurückgehalten werden. Je länger man sie zurückhält, desto schärfer werden sie ..."

Am 5. Juni 1967 schlugen die israelischen Streitkräfte los und erzielten bekanntlich in sechs Tagen einen durchschlagenden Erfolg. Der US-Generalmajor a.D. Johnson (früher in der Planungsabteilung der Vereinigten Stabschefs) schätzte das Ergebnis wie folgt ein: "Israel hat für die USA im Nahen Osten - gemessen an dem dort investierten Geld und den Anstrengungen - wahrscheinlich mehr getan, als irgendeiner unserer sogenannten Alliierten und Freunde anderswo auf der Welt seit dem Ende des zweiten Weltkrieges getan hat. Im fernen Osten können wir fast niemand bekommen, um uns in Vietnam zu helfen. Hier haben die Israelis einen Krieg selbständig gewonnen, haben uns diese Arbeit abgenommen und damit sowohl unseren Interessen als auch den ihren gedient."<sup>44</sup>

Wie schätzte die SED die Entwicklung ein? Noch vor Kriegsausbruch hatte Walter Ulbricht in Beantwortung einer Botschaft Präsident Nassers betont: "Die gegen die Vereinigte Arabische Republik und Syrische Arabische Republik gerichteten aggressiven Handlungen sind ein Teil der berüchtigten Globalstrategie des USA-Imperialismus mit dem Ziel, den sozialen Fortschritt in den arabischen Ländern, ihre Freiheit und Selbständigkeit zu beseitigen und ihnen ihre eigenen Reichtümer und Ressourcen vorzuenthalten."<sup>45</sup>

Eine Erklärung des Ministerrats der DDR vom 7. Juni 1967 zur Aggression Israels ergänzte diese Einschätzung durch die Feststellung: "Zur Erreichung dieser Ziele bedienen sie sich der herrschenden Kreise Israels, das die Rolle einer imperialistischen Speerspitze gegen die arabischen Völker erfüllt.

... Niemand gefährdet Leben und Schicksal der jüdischen Bevölkerung Israels mehr als die herrschenden militaristischen Kreise in Tel Aviv und ihre abenteuerliche Politik im Dienste des Imperialismus."<sup>46</sup>

Wesentliches sagte eine Erklärung jüdischer Bürger der DDR, unterzeichnet u. a. von Kurt Goldstein, Lea Grundig, Friedrich Karl Kaul und Gerry Wolf: "Wenn die Regierung Israels sich anmaßt, im Namen der Juden zu sprechen, so sei festgestellt, daß die erdrückende Mehrzahl der Juden außerhalb Israels lebt und dieses nicht als ihren Staat betrachtet. Sympathien, die in der Welt den durch den Hitlerfaschismus und Antisemitismus geschundenen Juden entgegengebracht werden, sollen zur Tarnung imperialistischer Interessen missbraucht werden."<sup>47</sup>

In den folgenden Jahren setzten sich die SED und die DDR entschieden

### **für eine tragfähige und dauerhafte Friedenslösung im Nahen Osten**

ein. Sie machten deutlich, dass eine solche drei grundlegende, unabdingbare Voraussetzungen habe: *Erstens* die Einstellung der Aggressions- und Okkupationspolitik Israels. *Zweitens* die Anerkennung und Durchführung der UNO-Beschlüsse durch Israel. *Drittens* die Gewährleistung der legitimen - und von der UNO immer wieder bekräftigten - Rechte des palästinensischen Volkes.

Angesichts der israelischen Aggression gegen den Libanon 1982 verurteilte die SED das Zusammenspiel der USA und Israels gegen die antiimperialistischen Kräfte im Nahen Osten, bekundete ihre Solidarität mit dem überfallenen Libanon und bekräftigte das Recht des palästinensischen Volkes auf seinen eigenen unabhängigen, souveränen Staat.<sup>48</sup>

Als das palästinensische Volk sich Ende 1987 zur ersten Intifada erhob, wandten SED und DDR sich gegen den israelischen Terror und kritisierten, dass die Politik Israels systematisch Chancen für Verhandlungslösungen zerstöre. Sie setzten sich



nachdrücklich für eine internationale Nahost-Konferenz mit Teilnahme der PLO und unter der Schirmherrschaft der UNO ein.<sup>49</sup>

Dass die SED ihre anfängliche falsche Haltung überwunden und konstruktive Positionen zu den Problemen des Nahen Ostens gewonnen hat, muss verständlicherweise das Missfallen von Leuten erregen, welche die imperialistische Politik Israels und der USA billigen und rechtfertigen. Charakteristisch für eine derartige Haltung ist eine von der Amadeu-Antonio-Stiftung organisierte Wanderausstellung "'Das hat's bei uns nicht gegeben!' Antisemitismus in der DDR".<sup>50</sup> Von ihren insgesamt 34 Schautafeln sind allein sieben ausschließlich der offenen Rechtfertigung der Kolonial- und Eroberungspolitik Israels gewidmet, explizit der unverhüllten Aggressionskriege von 1956, 1967 und 1982. Deren Verurteilung - die ja nicht zuletzt in UNO-Beschlüssen fixiert ist - wird frech als "Antisemitismus" diffamiert. Zwecks Apologie des israelischen Kolonialchauvinismus wird wiederholt demagogisch gegen die UNO-Resolution 3379 vom November 1975 (von ihr war eingangs die Rede) gehetzt.

### Welches Fazit ergibt sich?

Die SED hatte seit Mitte der 50er Jahre - im Unterschied zu den 40er Jahren - einen realistischen Blick auf Palästina und Israel. Sie hat die richtigen Grundpositionen bezogen: Frieden und Friedenssicherung als wichtigstes Anliegen; Kampf gegen die imperialistische Globalpolitik; für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Völker des Nahen Ostens einschließlich des palästinensischen Volkes und Israels; Achtung des Völkerrechts und der Beschlüsse der UNO; *Verhandlungen* unter Schirmherrschaft der UNO.

Die SED hat ihre ursprüngliche einseitige, unrealistische Haltung *in der Praxis* ("im Vorwärtsschreiten") korrigiert. Sie hat sie aber nie selbstkritisch aufgearbeitet, insbesondere nicht hinsichtlich der allseitigen Berücksichtigung der historischen Voraussetzungen und Zusammenhänge. Deshalb konnten in den 40er Jahren geprägte irrealer Vorstellungen weiterwirken - und können es bis heute.

Die Sicht der SED war auch weiterhin gekennzeichnet durch eine gewisse Unterschätzung der Eigenständigkeit, Eigendynamik Israels als imperialistische Kolonialmacht, die *nicht nur* "Speerspitze" war (und ist), sondern sich durch besonderen Eroberungsdrang, besondere Abenteuerlichkeit auszeichnet. Diese Unterschätzung kann einer Verharmlosung Vorschub leisten.

60 Jahre "Appeasement"-Politik der internationalen Gemeinschaft - auf der Grundlage des Missbrauchs des Vetorechts durch die USA - haben eine Hybris der israelischen militärischen und politischen Führungsschicht (die in hohem Maße miteinander verfilzt sind) hervorgebracht, die eine besondere Unberechenbarkeit Israels zur Folge hat.

Eine wichtige Besonderheit der israelischen Eroberungs- und Kolonialpolitik besteht darin, dass sie eine breite und stabile Basis in der jüdischen Bevölkerung Israels besitzt. Dies wurde erst in jüngster Zeit wieder deutlich in der breiten, aber extrem ambivalenten Kritik, die in der israelischen Öffentlichkeit am letzten Libanon-Feldzug geäußert wurde. Charakteristisch war, dass diese Kritik sich größtenteils *nicht gegen die Aggression* richtete, sondern dagegen, dass diese *nicht erfolgreich* geführt wurde. Es war keine Kritik, sondern eine *Unterstützung* der Aggressionspolitik, die Forderung nach ihrer *Verschärfung*.

Als besonders gefährlich muss man es auch werten, wenn eine solche chauvinistische *kolonialchauvinistische*) Massenstimmung vielfach durch religiöse Wahnvorstel-

lungen ("Gott hat uns dieses Land gegeben!") genährt und aufgeheizt wird. All das verstärkt die irrationalen, unberechenbaren Elemente in der Politik Israels.

Eine unrealistische, idealisierende Sicht auf Israel liefert Einfallstore für proimperialistische und friedensgefährdende Positionen. Sie erleichtert und fördert die ideologische und psychologische Kriegsvorbereitung der USA, Israels und ihrer Verbündeten gegen Völker und Staaten des Nahen und Mittleren Ostens.

## Anmerkungen

- 1 Neues Deutschland, 27. Oktober 2008.
- 2 Volkskammerspiele. Eine Dokumentation, Berlin (1990), S. 254.
- 3 Ebenda, S. 256/257.
- 4 Ebenda, S. 257.
- 5 Sie bildeten die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Landes, das ihre Vorfahren vor 9000 bis 10 000 Jahren besiedelt haben. Jüdische Stämme drangen erst vor etwa 4000 Jahren erobernd in das spätere Palästina ein und errichteten in Teilen des Landes ihre Herrschaft.
- 6 Erweiterte Fassung: P. Merker: Der neue Staat des jüdischen Volkes entsteht. In: Die Weltbühne, Nr. 5/6, Februar 1948, S. 110 - 116.
- 7 SED-Pressedienst, 20. Mai 1948.
- 8 Vgl. Ilan Pappé: Die ethnische Säuberung Palästinas, (Frankfurt a. M. 2007), S. 38 - 42 u. 44.
- 9 Ebenda, S. 350. Veröffentlichung in der *New York Times* vom 4. 12. 1948.
- 10 I. Pappé, S. 136 u. 351.
- 11 Vgl. Ebenda, S. 137 u. 351.
- 12 Vgl. Ebenda, S. 146.
- 13 Vgl. Ebenda, S. 68.
- 14 Die folgenden Angaben stützen sich auf I. Pappé, S. 73 - 75, 178 - 180, 198, 203, 346, 369/370; H. Lebrecht: Die Palästinenser. Geschichte und Gegenwart. Die geschichtliche Entwicklung der Palästinafrage, Frankfurt a.M. 1982, S. 216/217; P. Merker: Der neue Staat ..., Weltbühne, S. 112/113; Palästina. Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 - 1948), Offenbach 1997 [im folgenden: Palästina. Dokumente], S. 153.
- 15 Vgl. Neues Deutschland, 3., 13., 16. Januar, 13. Februar, 4., 7. März, 3., 4., 8., 17. April, 30. Mai 1948.
- 16 Neues Deutschland, 8. Juni 1948. Die Primitivität dieser "Meldung" dürfte schwer zu unterbieten sein. Um einen "Generalstab ... zu organisieren", hätte man wohl einen militärischen Fachmann bemüht und nicht den *Polizisten* und militärischen *Laien* Eichmann. Die Vorstellung, wie dieser z. B. General Glubb Pascha und dessen (englischen) Stab "unterstützt", ist kabarettreif. Im übrigen gibt es keine ernstzunehmenden Hinweise, dass Ende der *40er Jahre* militärische oder geheimdienstliche Nazi-Kader in arabischen Ländern agierten. Die kamen erst in den 50er Jahren - mit Pässen der BRD und von deren Vertretungen betreut.
- 17 P. Merker, ND, 24. 2. 1948; W. Janka: Palästina und die Ölgeschäfte der Vereinigten Staaten, in: Neues Deutschland, 18. April 1948. Die gleiche einseitige, die Realitäten geradezu auf den Kopf stellende Tendenz prägt einen längeren Artikel Paul Merkers "Der Krieg in Palästina" in der deutschsprachigen sowjetischen Zeitschrift *Neue Welt*, Nr. 57, 1948, S. 64 - 76 (auch in: Palästina. Dokumente, S. 124 - 136).
- 18 Neues Deutschland, 15. Mai 1947.
- 19 Ebenda, 30. Mai 1948.
- 20 Israel, die Palästinenser und die deutsche Linke, (Essen 2002), S. 55.
- 21 Vgl. Rolf Verleger: Israels Irrweg. Eine jüdische Sicht, (Köln 2008), S. 58.
- 22 Vgl. H. Lebrecht, S. 191 (nach UNO-Angaben); I. Pappé, S. 61. (Sondergebiet Jerusalem wegen der demographischen Ausgeglichenheit und des minimalen Territoriums unberücksichtigt.)
- 23 R. Verleger, S. 58.
- 24 Tom Segev: Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels, (München 2005), S. 546.
- 25 Peter Ullrich: Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin (2008), S. 43.
- 26 Die vorstehenden Angaben stützen sich auf H. Lebrecht, S. 33; T. Segev, S. 32, 244 u. 412; Lenni Brenner: Zionismus und Faschismus. Über die unheimliche Zusammenarbeit von Faschisten und Zionisten, (Berlin 2007), S. 201; Palästina. Dokumente, S. 72, 75 u. 148; Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48), (Offenbach 2002), S. 83/84.

- 27 T. Segev, S. 249.  
 28 Ebenda, S. 431.  
 29 J. B. [Joseph Berger] (Jerusalem): Der Kampf um den Boden in Palästina. In: Inprekorr, 1929, Nr. 66, S. 1544 (auch in: Palästina. Dokumente, S. 23).  
 30 Vgl. Salim Abud: Die beste Lösung für Palästina. In: Rundschau 1937, Nr. 44, S. 1568 (auch in: Palästina. Dokumente, S. 85).  
 31 Vgl. T. Segev, S. 441/442 u. 636.  
 32 Ebenda, S. 443.  
 33 Vgl. R. Verleger, S. 81  
 34 T. Segev, S. 116 u. 594.  
 35 Die umfangreiche Dokumentation: Palästina. Dokumente (siehe Anm. 14) legt dafür - wie auch für viele andere Aspekte des Gegenstandes - zahlreiche Belege vor. Obwohl ich wesentliche im Vorwort gegebene Einschätzungen *nicht* teile, empfehle ich diese (zudem mit EURO 10,- sehr preiswerte) Publikation der Aufmerksamkeit des Lesers (ISBN:978-3-932636-32-5), da sie ihm eine Fülle - z. T. schwer zugänglicher - aufschlussreicher Dokumente (größtenteils als originalgetreues Faksimile) und Materialien vermittelt.  
 36 Vgl. Norman G. Finkelstein: Antisemitismus als politische Waffe. Israel, Amerika und der Missbrauch der Geschichte, München/Zürich (2007), S. 35.  
 37 Vgl. ebenda, S. 35/36.  
 38 T. Segev, S. 539.  
 39 P. Merker: Der neue Staat ..., Weltbühne, S. 110.  
 40 Vgl. Israel, die Palästinenser und die deutsche Linke, S. 101.  
 41 Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. V, Berlin (1958), S. 70.  
 42 Ebenda, S. 63.  
 43 Ebenda, S. 64.  
 44 *U. S. News & World Report*, 19. Juni 1967, S. 42 (zit. nach: Einheit, H. 8, 1967, S. 969).  
 45 Neues Deutschland, 2. Juni 1967.  
 46 Ebenda, 8. Juni 1967.  
 47 Ebenda, 9. Juni 1967.  
 48 Ebenda, 17. - 19. Juli 1982.  
 49 Ebenda, 14., 16. u. 17. Dezember 1987.  
 50 Zur Gesamtproblematik dieses Unternehmens vgl. Detlef Joseph: Vom angeblichen Antisemitismus der DDR, (Berlin 2008).

### **Druckfehlerberichtigung**

In der Nr. 4/14. Jg., Herbst 2008, lautet auf S. 13 die Anmerkung 45 *richtig* wie folgt:  
 45 Vgl. ebenda, RY 5/I 6/3/467, Bl. 48 ff.

# Einladung

## Die DDR - ihr Platz in der Geschichte

Zu diesem Thema findet am

**Sonnabend, dem 13. Juni 2009**

in Berlin unser 30. gemeinsames **Kolloquium** statt.

Wir laden herzlich zur Teilnahme ein.

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte  
der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE

Geschichtskommission  
beim Parteivorstand  
der DKP

Das Kolloquium tagt von **10.30** bis 17.00 Uhr.

**Tagungsort:** Berlin-Mitte, *Club Spittelkolonnaden*,  
Leipziger Str. 47 (Eingang Jerusalemer Str.)  
(U-Bahnhof Spittelmarkt oder Hausvogteiplatz - U 2)

### **Vorträge:**

*Prof. Dr. Hermann Klenner* (Berlin)  
Demokratie und Menschenrechte im kriegsgeteilten Deutschland

*Prof. Dr. Ekkehard Lieberam* (Leipzig)  
Die DDR als Erfahrungsobjekt sozialistischer Gesellschaftsgestaltung

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung,  
für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079  
Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574